

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2.40 M.
(davon 95 Pf. monatlich für Zustel-
lung ins Haus) im voraus zahlbar.
Postbezug 4.30 M. einschließlich 60 Pf.
Postgebühren und 72 Pf. Postbestel-
gebühren. Auslandsabonnement 6.— M.
pro Monat; für Länder mit ermäßig-
tem Postfachporto 5.— M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Sonntags und Feiertags
einmal, die Abendausgabe für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, illustrierte Sonntagsausgabe
„Welt und Zeit“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernnr.: Dönhoff (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Kontokonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3. D. V. u. D. K.-Gef., Depostenk., Jerusalemstr. 65/66.

Die einj. allg. Anzeigenpreise 10 Pf. pro
Reklameweile 5.— Pf. „kleine An-
zeigen“ 1.— Pf. pro Zeile 10 Pf. (ein-
schließlich aller Steuern), jeden
weiteren Wort 12 Pf. Rabat 10 Pf. für
Stellenangebote das erste Wort 15 Pf.
jedes weitere Wort 10 Pf. Wörter über
15 Buchstaben zählen für zwei Worte,
Arbeitsmarkt Seite 60 Pf. Familien-
anzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme
im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochen-
täglich von 8½ bis 17 Uhr.
Der Verlag behält sich das Recht der
Abkürzung nicht genehmter Anzeigen vor!

Brüning haut nach rechts.

Abrechnung mit den Harzburgern.

Menschenmassen hinter Polizeispalieren, im Hause über-
füllte Tribünen, aber im rechten Drittel ein leeres Parkett.
Hugenberg und Hitler erlauben ihren Leuten
nicht, sich die Reden der anderen anzuhören. Erstens könnten
sie verdorben werden, zweitens könnten sie durch ihre Rüpe-
leien die „nationale Opposition“ blamieren. Dumme
Zwischenrufe zu machen und zu heulen bleibt diesmal den
Kommunisten allein überlassen.

Brüning ist keine Kampfnatur, kein Redner-tempera-
ment, mit seinem Herzen eher rechts als links. Trotzdem hat
er eine leidenschaftliche Kampfreden gehalten gegen
rechts gehalten. Weiter denn je klappt der Riß zwischen
dem Zentrum und der Rechten.

Es war keine Rede, wie sie einst Josef Wirth als
Kanzler gehalten hat oder wie sie Hermann Müller ge-
halten hätte. Trotzdem gab es einige Stellen, bei denen auch
die Sozialdemokraten sachlich zustimmen konnten, so bei der
Abweisung aller Inflationspläne und bei der An-
kündigung, ein Angriff auf das Tarifrecht würde auf eine
geschlossene Arbeiterfront stoßen.

Dann gab es auch einen Augenblick der Spannung, als
sich der Redner zu den Bänken rechts hinüberbeugte und den
deutschnationalen Hochposten zurief, sie sollten doch bei dem
Versuch, ihm die Schuld an der Bankkrise zuzuschreiben, vor-
sichtig sein, sonst könnte er gezwungen sein, „einmal ganz
deutlich zu reden“. Diese Anspielung auf die Peite der Ost-
bank und Hugenberg's Danat-Schulden wurde allgemein ver-
standen. Aber der Kanzler sollte sich jetzt beeilen, zu sagen,
was er weiß. Dunkle Andeutungen machen sich nicht gut.

Es gab auch einen lustigen Augenblick. Als der Reichs-
kanzler versicherte, er werde die Mark nicht an das englische
Pfund anhängen, krächte der Kommunist Heinz Neu-
mann: „hängen Sie sie an den Sowjet-
rubel!“ Der Sowjetrubel ist längst durch Inflation ent-
wertet, viel mehr als das englische Pfund. Das Haus bog
sich vor Lachen über die nationalökonomische Weisheit des
kommunistischen Inflationsbekämpfers.

Nach wenig mehr als einer Stunde war es zu Ende. Die
sozialdemokratische Fraktion tagte. Auch ihre Sitzung war
kurz, denn die Situation war klar.

„Der Feind steht rechts!“ Dieser Satz hat für die Sozial-
demokratie immer gegolten. Noch nie in ihrer Geschichte ist
es vorgekommen, daß sie für die Rechte Partei ergriffen
hätte, wenn Rechte und Zentrum im Kampf gegeneinander
standen. Unter den heutigen Umständen wäre die Annahme
von Mißtrauensanträgen eine Parteinarbeit für die Rechte
gegen das Zentrum, eine Parteinarbeit für Hugenberg,
Hitler und Schacht.

Wenn das Zentrum gegen die Rechte kämpfte, stand die
Sozialdemokratie immer neben dem Zentrum. Trotz aller
Schärfe der Gegensätze. Das Zentrum ist keine sozialistische
Partei, es ist keine Arbeiterpartei, es ist eine Partei, die
Grundbesitzer, Unternehmer und Arbeiter auf einer welt-
anschaulichen Grundlage vereinigt. Dabei kommen die
Arbeiterinteressen zu kurz — wie sehr sie unter der Re-
gierung Brüning zu kurz gekommen sind, davon wissen die
christlichen Arbeiter ein Lied zu singen — aber das
Vorhandensein der christlichen Gewerkschaften setzt sozial-
reaktionären Tendenzen im Zentrum immerhin gewisse
Grenzen.

Hier die christlichen Gewerkschaften, dort Stahlhelm und
S.-A. — wenn die Entscheidung einmal so steht, kann sie
keinem Sozialdemokraten schwer fallen.

Wollen die Kommunisten wirklich mit dem Stahlhelm
und den S.-A. gegen die christlichen Gewerkschaften und gegen
die freien Gewerkschaften gehen, wollen sie die gloriole
Front vom 9. August wieder herstellen — sie werden daran
nicht viel Freude erleben!

Ob es für Brüning reichen wird, weiß heute noch nie-
mand. Reicht es nicht, was dann? Eine Hugenberg-Hitler-
Regierung auf parlamentarischer Grundlage ist nach der
schneidenden Absage, die Brüning gestern dem edlen Brüder-
paar erteilt hat, zur Zeit unmöglich. Sturz Brüning's ohne
Möglichkeit einer parlamentarischen Regierungsbildung, heißt

praktisch: Verzicht des Reichstags auf seine
Rechte zugunsten des Reichspräsidenten. Die
Herrscherstellung des Reichspräsidenten ist heute noch kon-
stitutionell beschränkt. Nach einer Selbstausschaltung des
Reichstags wird sie absolut sein.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion spielt nicht das
Spiel Hitlers und Hugenberg's. Sie will auch keinen neuen

Front gegen Inflationstreiber!

Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat am Dienstag
nach der Rede des Reichskanzlers zu einer kurzen Sitzung zu-
sammen. Ohne Aussprache wurde beschlossen, die gegen das Ka-
binett Brüning vorliegenden Mißtrauensanträge abzu-
lehnen.

Bestimmend für diese Entscheidung waren die Gründe, die be-
reits in der Sitzung von Montag ausgeführt worden sind. Die
Rede des Reichskanzlers bot keinen Anlaß, die politische Situation
jezt anders zu beurteilen. Die Tagung der sogenannten nationalen
Opposition in Harzburg hat gezeigt, daß das

Großkapital mit Unterstützung der Nationalsozialisten zum entscheidenden Schlag gegen die Rechte des wer- tenden Volkes ausholt.

In ihrer Presse wird jezt ganz offen mit dem Putsch gedroht,
wenn die Diktatur des Schwerekapitals und der Großgratier auf
parlamentarischem Wege diesmal nicht verwickelt werden sollte.
Die sozialdemokratische Fraktion will durch ihre Entscheidung ver-
hindern, daß durch eine neue Inflation die Gewerke-
treibenden und kleinen Sparere noch einmal enteignet werden, daß
durch rückwärtsgehenden Lohnabbau, Zerstückelung des
Tarifrechts und der Sozialgesetzgebung die Existenz
der arbeitenden Massen vernichtet wird.

Als erster Redner der sozialdemokratischen Fraktion wird der
Abgeordnete Dr. Brellscheid bei Beginn der Sitzung am Mit-
woch das Wort ergreifen. Zum zweiten Redner wurde der Abge-
ordnete Aufhäuser bestimmt.

Absolutismus, keine Verewigung des Notverordnungsregi-
ments. Schutz der politischen Volksrechte, Schutz der sozialen
Arbeiterrechte sind nur möglich im Kampf gegen Harzburg.
Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird gegen
Harzburg stimmen!

Die Reichstagsfraktion.

Unter starken politischen Abzerrungen, die Zwischenfälle bei
dem Wiedereintritt des Reichstages auf den Straßen ver-
hindern sollten, ist am gestrigen Dienstag nachmittag das Haus
wieder zusammengetreten. Die Tribünen waren gewaltig überfüllt.
Das neue Kabinett war vollzählig erschienen. Staatssekretär Dr.
Reißner vom Büro des Reichspräsidenten war auf der Regierungs-
tribüne anwesend. Die Bänke der Kommunisten und der Faschisten
waren bei Eröffnung der Sitzung noch leer.

Präsident Löbe

gedenkt, während sich alle Anwesenden erheben, der verstorbenen
Abgg. Korb und Gemeinder. Er teilt mit, daß fünf Mitglieder ihre
Mandate niedergelegt haben, darunter der Braunschweiger Obernazi
Dr. Franzen, und daß bisher zwei Abgeordnete neu eingetreten sind.
Inzwischen haben die Kommunisten ihre Plätze eingenommen
und

Abg. Torgler (Komm.) bringt unter Protest gegen die polizeiliche
Befehung und Absperrung des Reichstagsgebäudes einen Antrag auf
Beseitigung dieses Zustandes ein.
Die sofortige Beratung wird gegen die Stimmen der Kom-
munisten und der SAP. abgelehnt. — Während nun

Reichskanzler Dr. Brüning

das neue Kabinett vorstellt und den ausgeschiedenen Ministern den
Dank ausspricht, erscheinen einzelne Deutschnationalen im Saal und
die Kommunisten begleiten die Worte des Reichskanzlers mit un-
ausgesetzten Zwischenrufen, so daß der Präsident schließlich zur Ruhe
mahnt.

Die Regierungserklärung hat weiter folgenden Wortlaut:

Die Leitung des Wehr- und Innenministeriums ist in einer Hand
vereint. Mehr als je zuvor zwingt uns unsere heutige Notlage
zu einer einheitlichen Zusammenfassung der staatlichen Machtmittel,
namentlich auch der

von dem Herrn Reichspräsidenten erteilten besonderen
Machtbefugnisse gegen alle Bestrebungen und Strömungen,
die den Staat zu bedrohen suchen.

Die Sicherung der Autorität des Reiches ist die Vorbedingung der
Festigung des Vertrauens nach außen und innen für den politischen
und wirtschaftlichen Wiederaufbau, an dem alle positiven Kräfte mit-
arbeiten müssen. Die Leitung der Wehrmacht wird ihre bisherigen
bewährten Grundsätze weiter verfolgen, die dem Hohen Haus be-
kannt sind und Gewähr dafür bieten, daß dieses wichtigste
Machtmittel des Staates jederzeit seinen Aufgaben ge-
wachsen ist. Das Justizministerium ist in die Hände eines Mannes
gelegt, der seit einem Menschenalter dem Staate in schwerster Zeit
besonders treu und erfolgreich gedient hat.

Die Leitung des Außenministeriums wird in meiner Hand
liegen. Ich werde die Außenpolitik im Geiste der Besprechungen
der letzten Monate, vor allem der jüngsten deutsch-französischen in
Berlin, fortführen. Die Reichsregierung erwartet das Heil nicht allein
durch internationale Verhandlungen oder Hilfe des Auslandes. Aber
Deutschland hat im letzten Jahrzehnt am eigenen Leibe mehr als
alle Nachbarn gespürt, wie die ungelösten politischen Fragen der
Welt die innere Rot bis zur Grenze des Erträglichen gesteigert und
wachsende Verzweiflung in allen Schichten des Volkes genährt haben.
Deshalb hat Deutschland das Recht, an die Völker der Welt den
Appell zu richten, die Bemühungen zu der unerläßlichen solidarischen
Zusammenarbeit endlich zur praktischen Tat werden zu lassen. Ich
glaube, daß in den vergangenen Monaten ein gewisser Fortschritt
in solcher Bestimmung erzielt worden ist. Allen Völkern sollte in-
zwischen lebendig vor Augen geführt worden sein, daß das Schicksal
jedes Staates mehr denn je in der Vergangenheit mit dem Schick-
sal der Nachbarn verflochten ist.

Kein Staat kann auf die Dauer einen wirtschaftlichen Vorteil
aus der Not der anderen Länder erwarten. Die verber-
lichen Folgen politischer Forderungen ohne wirtschaftliche
Gegenleistungen haben die gesamte Welt ohne Ausnahme
in heute noch unabsehbarer Bedrängnis geführt.

Die weisshauende Initiative des Präsidenten der Vereinigten Staa-
ten von Amerika hat leider nur eine vorübergehende Erleichterung
geschaffen. So groß auch ihre Bedeutung war, und so dankbar sie
vom deutschen Volke empfunden wurde, schon die Ungewißheit in
den Fragen der politischen Zahlungen läßt fortgesetzt eine Lähmung
auf den internationalen Wirtschafts- und Finanzverkehr aus.

Unmittelbare und offene Aussprache, wie sie in Chequers, Paris,
London, Rom und hier in Berlin gepflogen wurden und weiterhin
zu führen sind, sollen den Weg zur tatsächlichen Solidarität der
Nationen ebnen. Denn es muß die Möglichkeit gefunden werden,
klare und ehrliche Stimmungen zwischen den Nachbarn zu schaffen.
Deutschland fordert bei aller verständnisvollen Rücksichtnahme auf
die Lebensnotwendigkeiten der Nachbarn die Verwirklichung des
Grundsatzes der Gerechtigkeit und Gleichberechtigung unter den
Völkern. Ich warne vor Augenblickslosungen unter dem Druck drin-
gender materieller Not. Sie würden, auf die Dauer gesehen, schlim-
mere Folgen haben als der gegenwärtige Zustand.

Die weitergreifende Zerrüttung der Kreditwirtschaft der Welt
hat die Reichsregierung von Woche zu Woche vor neue Aufgaben
gestellt.

Was vor Monaten in der Beurteilung der Wirtschafts- und
Finanzlage eines Landes richtig war, ist nach kurzer Zeit durch die
Wirkung der Krise in anderen Ländern überholt. Die Aufgabe der
Reichsregierung war es, und der neuen Reichsregierung wird
es sein, die Regierungsmassnahmen elastisch den jeweiligen neuau-
stretenden Auswirkungen der Weltkrise anzupassen.

Die Reichsregierung nimmt für sich als einen Erfolg in An-
spruch, daß sie rechtzeitig und als erste im Kreise der großen
Nationen mit entscheidenden Sparmassnahmen in den öffent-
lichen Ausgaben und mit möglichster Senkung der Er-
zeugungskosten begonnen hat.

Hierdurch allein ist verhindert worden, daß die gesunden Grund-
lagen der deutschen Volkswirtschaft in den vergangenen Monaten
völlig erschüttert worden sind. Das Beispiel der Reichsregierung hat
Nachahmung in der ganzen Welt gefunden. Es ist anerkannt wor-
den als eine mutige Einstellung auf eine schwere Zukunft. Maß-
nahmen, wie die Bereitstellung des Schuldentilgungsfonds, haben
in den kritischen Zeiten der Bankwierigkeiten sich geradezu als
eine Rettung erwiesen. Die Reichsregierung wurde durch Ent-
schlieungen, die allerdings hart und unpopulär waren, in die Lage
versetzt, gerade in dieser Zeit zur Rettung der Privatwirt-
schaft schwebende Schulden in Höhe von nahezu 300 Millionen Mk.
zurückzuzahlen.

Die Krise des englischen Pfundes, deren endgültige Lösung noch
nicht sicher beurteilt werden kann, stellt Reichsregierung und Reichs-
bank vor neue Aufgaben. Noch stärker als in den vergangenen
Monaten ist eine Einstellung von Wirtschafts-, Finanz- und Sozial-
politik aufeinander und eine Anpassung des deutschen Selbstkosten-
und Preisniveaus an die wirtschaftliche Entwicklung nötig. Die

Reichsregierung, die sich schon in den vergangenen Monaten des Rates hervorragender wirtschaftlicher Sachverständiger bedient hat, hat in Uebereinstimmung mit dem Herrn Reichspräsidenten beschlossen, einen Wirtschaftsbeirat zu ernennen, der der Reichsregierung in den wechselvollen Entwicklungen der Krise zur Seite stehen soll. Mit ihm gemeinsam wird in kurzer Frist ein Wirtschaftsprogramm für die nächsten Monate ausgearbeitet. Dieses Programm hat als erste Voraussetzung die Aufrechterhaltung der Stabilität unserer Währung, an der unter keinen Umständen gerüttelt werden darf. Von entscheidender Wichtigkeit ist die Durchführung eines Planes zur Tilgung der kurzfristigen Schulden und eine endgültige Klärung der Reparationsfrage.

Fehler der Vergangenheit im Wirtschaftsaufbau Deutschlands müssen schneller als bislang ausgedummt werden. Die bisherigen Maßnahmen der Reichsregierung, die ihre Fortsetzung finden werden, haben dazu gedient, die Selbstkosten der deutschen Wirtschaft zu verringern,

die Aufgaben der öffentlichen Hand herabzusetzen, und die mit Fehl-investitionen vom Kapital verbundenen Gefahren für die Zukunft einzuschränken. Die Schwierigkeiten, in denen sich Deutschland durch Krieg, Inflation und Reparationslasten befand, haben dazu geführt, daß die großen Unternehmungen durch ausländische Kredite eine starke Expansion betreiben konnten, während Mittelstand, kleinere und mittlere Industrie in ihren Betätigungs- und Entlastungsmöglichkeiten demgegenüber zurückgefallen sind. Eine in vieler Hinsicht ungesunde Entwicklung ist die Folge. Die Kreditpflege gerade für Mittelstand, kleinere und mittlere Industrie muß auch bei der Bankpolitik in der Zukunft eine der wichtigsten Aufgaben sein. Landwirtschaft, Grundbesitz und Industrie leiden unter zu hohen Zinssätzen. Ihre Senkung ist ein anderes, unerlässliches Mittel zur Herabsetzung der Produktionskosten, wenn wir nicht zu einer völligen Schrumpfung der deutschen Wirtschaft kommen wollen.

Nur in diesem Gesamtrahmen wird es möglich sein, zu verhindern, daß das deutsche Volk an der Sozialpolitik über-haupt irre wird

und im Vergleich zu den letzten Jahrzehnten gegenüber den in schwierigen Lagen bewährten und unentbehrlichen Einrichtungen, in eine entgegengesetzte Denträchtigung verfällt. Die Sozialpolitik muß allerdings derartig gestaltet und gehandhabt werden, daß sie sich den finanziellen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten einfügt. Dabei kann an dem verfassungsmäßig verbrieften Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer nicht vorbegegangen werden. Vor allem gilt das auch für den Tarifgedanken, der als solcher gesund ist und erhalten werden muß, aber größerer Elastizität in der Handhabung bedarf. Die Tarife müssen veränderten Verhältnissen schneller angepaßt werden können.

Der Grundgedanke einer guten Sozialpolitik muß gerade in gegenwärtiger Notzeit Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Pflicht erkennen lassen, ihre Angelegenheiten gemeinsam unter möglichst eigener Verantwortung und unter möglichst geringer Einmischung des Staates zu regeln.

Mit einer solchen Politik muß Hand in Hand gehen die Behandlung der Kartellfrage, da die Preisgestaltung den wechselnden wirtschaftlichen Bedingungen und der gesunkenen Kaufkraft im Inland schnell angepaßt werden muß.

Eine Verjüngung und Tilgung der kommerziellen Schulden des deutschen Volkes ist nicht möglich, wenn den deutschen Waren die Weltmärkte in fortschreitendem Maße gesperrt werden. Diese vielfach besetzte Politik führt zu einer Zerrüttung der Weltwirtschaft, an deren Ende die völlige Verarmung aller Völker stehen wird. Die Reichsregierung ist gewillt, alle Schritte zu tun, um einer solchen Politik zu begegnen. Ebenso klar ist sie sich allerdings darüber, daß die Bedeutung des Binnenmarktes in der kommenden Zeit stärker in den Vordergrund treten wird. Diesem Ziele dienen auch die Pläne einer erweiterten und beschleunigten Siedlung auf dem Lande und im Vorfeld der Städte, die gleichzeitig eine seelische Entlastung von dem Druck der Arbeitslosigkeit bringen soll.

Alle im Inland vorhandenen Produktionsmöglichkeiten müssen bis auf das Letzte ausgenutzt werden, zumal die Notwendigkeit besteht, mit den vorhandenen und anfallenden Devisenbeständen sparsam zu wirtschaften.

Einschränkungen der Einfuhr werden im wesentlichen dort erfolgen müssen, wo die heimische Produktion, insbesondere die Landwirtschaft die vorliegenden Bedürfnisse ausreichend und zu angemessenen Preisen decken kann. Damit entspricht die Reichsregierung auch der Meinung der Baseler Sachverständigen.

Der Weg, den das deutsche Volk zu gehen hat, ist hart und schwer, aber auch keinem anderen Volke bleiben heute Maßnahmen erspart bis zu dem Tage, an dem die Not die Völker der Welt zu einheitlichem Vorgehen gezwungen hat. Um diesen Weg zu gehen, muß unser Volk die Ueberzeugung haben, daß die Lasten gleichmäßig verteilt und Gerechtigkeit und Verantwortungsbewußtsein überall wiederhergestellt sind. In diesem Bewußtsein hat das deutsche Volk die schwersten Opfer in einer Weise ertragen, die ihm die Achtung der Welt gesichert hat. Darum aber ist es Pflicht der Reichsregierung, dafür zu sorgen, daß alle Versuche der Ausnutzung der Notlage des Staates und der Wirtschaft durch unwahrhafte Agitation verhindert werden.

Die Offenlichkeit muß die Gewißheit haben, daß derartigen Auswüchsen des politischen Kampfes mit aller Entschiedenheit entgegengetreten wird,

und daß der Staat entschlossen ist, die Grundlagen der Ruhe und Ordnung im Zusammenleben sicherzustellen. Das ist der Zweck mehrerer Notverordnungen, die dem arbeitsamen und ordnungs-liebenden deutschen Volke die Gewißheit geben sollen, daß die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit auch für die Zukunft gewährleistet ist. Notverordnungen und polizeiliche Maßnahmen allein können nicht ausreichen, sondern nur den Weg freimachen. Entscheidend ist der richtunggebende ethische Wille,

der Wille zur nationalen Selbstbehauptung, zur Freiheit, aber auch zur Selbstucht und zu Opfern für das Vaterland. Diesen Willen in unserem Volke und besonders in unserer Jugend zu wecken, sieht die Reichsregierung als ihre wichtigste Aufgabe an.

Das Volk und vor allem die Jugend müssen vor der Zerfahrenheit geschützt und vom Geiste der Vaterlandsliebe und Opferwilligkeit erfüllt sein. Die Reichsregierung wird alle Kraft in den Dienst ihrer vornehmsten Aufgabe zur Rettung des Vaterlandes stellen. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Dieser Berlesung sagt der Reichszanzler in freier Rede noch folgende Bemerkungen hinzu:

Die Weltkrise hat zu einem Zustand geführt, den die moderne Wirtschaft noch nicht gekannt hat. (Andauernde störende Zwischenrufe der Kommunisten veranlassen den Präsidenten, der bisher nur einen einzigen Ordnungsruf erteilt hat, die Anwendung der zur ordnungsmäßigen Durchführung der Reichstagsverhandlungen möglichen Maßnahmen in Aussicht zu stellen.)

Die Regierung kann mit Befriedigung feststellen, daß jetzt auch die Reichsopposition nicht mehr leugnet, daß eine Weltkrise besteht.

Mit dieser Form der Agitation gegen die Reichsregierung, die bis zum Sommer getrieben wurde, ist kein Erfolg mehr zu holen. (Sehr gut! im Zentrum.) Wenn wir bei unserer Staatsaufstellung und unseren Berechnungen im Frühjahr und im Sommer verspottet worden sind, so kann ich feststellen, daß mit uns die Mehrheit des deutschen Volkes überzeugt ist, daß nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt vor einem Geschehen ohnegleichen steht. (Ein Kommunist erhält den zweiten Ordnungsruf.) Nahezu alle Nationen der Welt haben den gleichen Weg gehen müssen wie Deutschland. Wir haben von einer künstlichen Ueberzückung der Wirtschaft zurückgehen müssen. Wir haben uns aber unpopulär gemacht, als andere Regierungen das getan haben. Aber wir sind mit der schrittweisen Anpassung unseres öffentlichen und privaten Lebens an die Gebote der Krise den richtigen Weg gegangen, richtiger, als wenn

wir alle diese Schritte auf einmal getan hätten. Man sagt mir nach, daß ich ein Sogäter sei, aber mer die Dinge in den letzten Monaten eingehend durchstudiert hat, wird zu dem Ergebnis kommen, daß

nicht das, was im Augenblick die aufgeregten Nerven verlangen, das Richtige ist, sondern, daß man sich nicht abdrängen lassen darf von dem klaren Wege, der jede Maßnahme der Innenpolitik jederzeit überlegt, in den jeweiligen Gang und die augenblickliche Phase der Außenpolitik hineinsetzt.

Wenn ich dem Drängen nach einem Moratorium oder einem Zahlungsausschub gefolgt wäre, wo wären wir heute in unserer Außenpolitik! Ich will lieber als Volksverräter und was alles jeden Tag beschimpft werden, als nur einen Augenblick die Nerven verlieren und von dem Weg abweichen, den ich mir vorgeschrieben habe. (Stürmischer Beifall in der Mitte.) Ich habe gute Vorbilder in der Geschichte des preussischen und deutschen Volkes an den Männern, die die Nerven nicht verloren, die den Mut zu unpopulärer Politik gehabt haben, die als Verräter verleumdet und beschimpft wurden. Nachher, wenn die Dinge gut gegangen sind, werden diese Persönlichkeiten als Monopole für nationale Gesinnung in Anspruch genommen. (Großer Beifall in der Mitte.) Die nationale Gesinnung für verantwortliche Politiker besteht darin, daß sie jederzeit bereit sind, unbedürftigt um Popularität und Verleumdungen den Weg zu gehen, von dem sie sicher sind, daß er zum Erfolg führt.

In einer Zeit solcher wirtschaftlichen Notlage, gäbe es einen Ausweg in Deutschland, das am schwersten zu tragen hat, und das wäre eine Regierung aller verantwortungsbewußten Parteien. Ich würde jeden Augenblick zu ihren Gassen meinen Platz räumen und wäre bereit, auch das kleinste und niedrigste Amt im Dienst einer solchen Regierung zu übernehmen,

aber leider hat sich erwiesen, daß ein Zusammenfinden all dieser Parteien in Deutschland unmöglich ist. Selbst in der schwersten Schicksalsstunde des deutschen Volkes geht die Tendenz dahin, die schärfste Front gegeneinander zu bilden, als sich zusammenzufinden in der einfachen und simplen Fiktion für das ganze deutsche Volk. (Hört, hört! in der Mitte.) Deshalb habe ich mich entschlossen, weil ich zu der Erkenntnis kam, daß kein anderer Weg möglich ist, eine Regierung zu bilden, die noch unabhängiger von den Parteien ist, als das vorhergehende Kabinett. Die heutige Regierung braucht keine Rücksicht auf irgendeine Partei in dem Sinne zu nehmen, daß sie an eine Partei und ihre fraktionsbeschlüsse gebunden wäre. Man hat mir vorgeworfen, daß ich Mitglied meiner Partei in das neue Kabinett nicht aufgenommen habe. Schwersten Herzens habe ich das getan. Ich verdanke diesen Männern außerordentlich viel, die freieste und verantwortungsvollste Mitarbeit. (Beifall in der Mitte.)

Der Kampf, wie er vielfach jetzt schon gegen das neue Kabinett geführt wird — ich erinnere an gewisse Ansprüche auf der Harzburger Tagung! —, dient nicht dazu, auch einer eventuell kommenden Regierung die Chancen des Erfolges zu sichern.

Wenn man Bankstimmung über die deutsche Währung und über die Lage der deutschen Reichsbank verbreitet, dann zerstört man auch schon die Grundlagen einer anderen Regierung. Wir haben nichts zu verbergen. Die Ausweise der Reichsbank liegen klar vor der ganzen Welt. Jedermann weiß, in welcher Form wir die Danabank und die Dresdner Bank gestiftet haben. Die ersten Bankfachleute der ganzen Welt haben uns dabei beraten und die Herren, die in Harzburg waren, kennen ganz genau das Urteil dieser Sachverständigen. (Hört, hört! in der Mitte.) Eine Opposition kann so scharf sein, als sie will, aber es gibt Grenzen. Als verantwortlicher Politiker muß ich mich dagegen wenden, daß in Harzburg Ausdrücke gebraucht worden sind, die den Glauben des deutschen Volkes an seine Währung erschüttern konnten. Gewiß, es lauten Sirenenklänge, denen die Regierung folgen soll. (Ein Kommunist ruft: hängen Sie die Mark an den Sowjet-Rubel an! — Anhaltende große Heiterkeit.) Daß

die Stabilität der Reichsmark von der heutigen Regierung nicht angefaßt

werden wird, dürfte jedem klar sein, der sich über die Regierungsmassnahmen der Vergangenheit ein systematisches Bild gemacht hat. Als ich, ungewollt, in schwerer Stunde diese Aufgabe übernommen habe, bin ich mir der Konsequenzen bis zum Besten klar gewesen. Ein großer ausländischer Bankfachmann hat mich damals gewarnt. Gewiß war damals eine Situation, die zu 90 Proz. verloren war. Das war

nicht die Schuld der vorhergehenden Regierung Hermann Müller, sondern es war die Schuld, der Fehler, die die gesamte Offenlichkeit und ein Teil der Privatwirtschaft in den ganzen letzten Jahren gemacht haben.

Die Kreditinflation vom Zustand war ein ungeheurer Zustand, der alle Dinge vernebelte und einen Schleier darüber breitete; sie hat ein Anwachsen der öffentlichen und privaten Ausgaben hervorgerufen, von dem Deutschland wieder heruntergebracht werden muß. (Zuruf des Hugenbergers Dr. Quaack.)

Wenn Sie, Herr Dr. Quaack, mir 1927 etwas mehr geholfen hätten, dann wären die Ueberfliegenheiten in der Beamtenbefolgung nicht gekommen.

(Großer Beifall in der Mitte. — Ein Zuruf: Dafür werden Ihnen die Beamten dankbar sein!) Die Beamten wissen, daß ohne jene Ueberfliegenheiten man jetzt nicht hätte so weit zurückgehen müssen. (Sehr gut! in der Mitte.)

Die politische Agitation und der fanatische Kampf haben die Lage nur verwirrt. Ein frontaler Angriff in der Reparationsfrage hätte wirtschafts- und außenpolitisch eine Situation herbeigeführt, die eine noch ganz andere Katastrophe als die des vergangenen Sommers bedeutet hätte. Die Stützung der Banken hat uns zur Einsicht geführt, daß eine Reform des Aktienrechts und eine Banken-aufsicht, sowie weitere Maßnahmen notwendig sind. Zur Ehre der Banken aber muß ich sagen, daß viele gegen sie erhobenen Vorwürfe nicht berechtigt sind, und daß das gleiche auch für große Teile der Privatwirtschaft gilt.

Allerdings müßte die Privatwirtschaft, deren Berechtigung jetzt, wo sie auf Staatshilfe angewiesen ist, so vielfach bezweifelt wird, die Ueberzeugung von ihrer Berechtigung und Notwendigkeit auf geschicktere Weise propagieren, als geschehen ist.

(Heiterkeit und Zustimmung in der Mitte.)

Gespannt kann man ja sein, wie die Nationalsozialisten sich bei der Abstimmung über die Notverordnungen betreffend Aktienrechtsreform und Kürzung der großen Pensionen verhalten werden. Der Reichszanzler verbreitet sich dann über die starke kurzfristige Verschuldung der Privatwirtschaft und führt als Beweis dafür, daß die Arbeiterklasse die Notwendigkeit des Lohnabbaues erkenne, das Unterbleiben nennenswerter Streiks an. Scharf verurteilt der Reichszanzler solche

privatwirtschaftliche Methoden, wie sie durch die Bankrotte der Jagad und der Nordwolke zulage getreten sind.

Unter deutlichem Hinweis auf die bekannte Rundgebung der Kapitalistenverbände warnt der Reichszanzler vor solchem Vorgehen, das notwendigerweise und zwangsläufig die Einheitsfront der deutschen Arbeiterschaft erzeuge. Nicht Kampf dieser beiden Lager kann uns vorwärts bringen, sondern nur der Geist der Arbeitsgemeinschaft, und der kommende Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung soll die Form finden, wo durch vertrauensvolle Aussprache beider Teile die Lösung herbeigeführt wird. Darum muß der Weg in den nächsten Jahren so weitergegangen werden,

der Weg der Anerkennung der Wirtschaft; er ist zugleich allerdings der Weg des größten Widerstandes.

In den vergangenen Jahren haben wir vielfach vorgezogen, den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen, deshalb müssen wir heute uns soviel hartes auferlegen. Aber es hilft nichts, der Weg muß weiter gegangen werden. Heute ist die Situation in der Welt so, daß das Verhältnis des Glücks oder Unglücks nicht mehr 10 zu 90, sondern 50 zu 50 ist. Es gibt keine Wunderlösungen, keine Patentlösungen, es gibt nur den reinigen Weg, der mutig und schrittweise zurückgelegt werden muß.

Während 1928 noch 7,2 Millionen Tonnen agrarische Produkte aus dem Ausland eingeführt wurden, waren es 1930 nur 3,7 und werden es nach den Ergebnissen der ersten Monate in diesem Jahr nur noch 3,2 Millionen Tonnen sein. Das ist für die Landwirtschaft getan worden. Selbst im Augenblick der schwersten Krise ist die Arbeitslosigkeit in den vergangenen vier Wochen nicht so gestiegen, wie wir es nach der ganzen Weltlage befürchten mußten.

Deshalb besteht die Möglichkeit für Deutschland, die paar Monate bis zu der notwendigen internationalen Lösung auszuhalten, dre allein Beruhigung und Besserung in der Welt schaffen kann.

Diese Reichsregierung ist entschlossen, hier vor dem Reichstag ihre Politik zu vertreten und zu verteidigen, aber nicht mehr so, wie ich sie im Frühjahr verteidigen mußte, wo wir noch keine sichtbaren Erfolge aufzuweisen hatten, außenpolitisch und auf manchen anderen Gebieten. Heute können wir sagen, der Weg ist frei, und der kommende schwere Winter kann unter allen Umständen überstanden werden. Der Produktionsapparat der deutschen Wirtschaft ist gesund. Nahrungsmittel haben wir genug. (Stürmische Zwischenrufe der Komm.) Für die Finanzen des Reiches, der Länder und Gemeinden ist Vorsorge getroffen.

Es müßte merkwürdig zugehen, wenn das deutsche Volk mit seinem Lebenswille und seinem politischen Instinkt nicht auch über diesen Winter hinwegkommen sollte,

wenn wir ruhig entschlossen sind, durch internationale Zusammenarbeit die ganze Welt vor dem Versinken in unendliche Not und Armut zu bewahren.

Ich lasse mich durch Angriffe und Verleumdungen nicht irritieren. Ich stehe vor Ihnen, ich habe Ihnen meine Absichten dargestellt.

Sie, die Parteien, und jeder von Ihnen trägt die Verantwortung für das, was wird!

(Stürmischer, anhaltender Beifall in der Mitte. — Bärmende Gegenrufe der Kommunisten, die schließlich ein dreifaches Rot Front! ausbringen; der Kommunist Grube, der das inszeniert hat, wird vom Präsidenten auf zwei Störungen ausgeschloffen.)

Heute, Mittwoch, 12 Uhr, beginnt die Besprechung der Regierungserklärung.

Unsere Reformvorschläge.

Anträge der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in einer großen Anzahl von Anträgen und Besegentwurfen ihre programmatischen Forderungen zur kunstigen Gestaltung der Reichspolitik niedergelegt. Im folgenden wird eine gedrängte Uebersicht über diese Anträge gegeben, die zum Teil gleichzeitig Abänderungsanträge zur neuesten Notverordnung darstellen.

An der Spitze stehen die Anträge, die eine gleichmäßige Verteilung der Lasten aus der Wirtschaftskrise bezwecken. Deshalb fordert die Sozialdemokratie Revision der Furstenabfindung, verschärfte Pensionskurzung und verscharfsten Zwang zur Herabsetzung der hohen Einkommen in der Privatwirtschaft. Der

Antrag über die Furstenabfindung

hat folgenden Wortlaut:

„1. Die Länderregierungen werden ermächtigt, alle Leistungen aus Verzagen oder Urteilen an ehemalige Fürsten und Mitglieder der standesherrlichen Familien mit sofortiger Wirkung einzustellen.

2. Die Länderregierungen werden ermächtigt, die auf Grund von Urteilen oder Verträgen zustande gekommenen Auseinandersetzungen mit ehemaligen Fürstenhäusern oder standesherrlichen Familien unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Notlage der Länder und weitester Volkstreue neu zu regeln.

3. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.“

Der Antrag zur Pensionskurzung

bringt eine wirksame Verschärfung der völlig unzureichenden Vorschriften der Notverordnung. Er sieht vor:

1. Kürzung sämtlicher Pensionen auf (höchstens) 12 000 M.
2. Anrechnung jedes sonstigen Einkommens von mehr als 4000 M. auf die Pension, wobei die Pension um 50 Proz. des uberflessenden Betrages gekürzt wird.

Damit werden die Doppeloberdiener unter den Gropensionaren empfindlich getroffen, während gleichzeitig die kleinen Pensionen gespart bleiben.

Die neue Notverordnung hat den Forderungen der Sozialdemokratie bereits insoweit Rechnung getragen, als sie auch Bestimmungen über die Herabsetzung der

hohen Einkommen in der Privatwirtschaft

enthält. Aber diese Bestimmungen sind unzureichend. Um ihre Anwendung allgemein zu erzwingen, fordert die Sozialdemokratie:

1. alle hohen Gehälter und Pensionen in der Privatwirtschaft über 12 000 M. werden um 20 bis 50 Proz. gekürzt;
2. führt ein Unternehmen diese Kürzung nicht oder nur unvollständig durch, so muß es den Unterschiedsbetrag in der Form einer Sondersteuer an das Reich abführen.

Von ebenso großer Wichtigkeit sind die sozialdemokratischen Anträge zur Sozialpolitik. Sie bezwecken, den Arbeitslosen ihre Unterstützungen, den in Arbeit Stehenden ihre Löhne in vollstem Umfange zu erhalten. Dem Lebensinteresse der Erwerbslosen dient der

Antrag über die Winterhilfe.

In der Notverordnung hat die Regierung die Bestimmung getroffen, daß die Arbeitslosenunterstützung bis zu einem Drittel nicht in bar, sondern in Naturalien gewährt werden kann. Die Sozialdemokratie ist entschiedener Gegner dieser Vorkehrung; sie verlangt die Naturalunterstutzung nicht an Stelle, sondern neben der Geldunterstutzung. Ihr Antrag fordert die Reichsregierung auf,

„zum Schutze der notleidenden Bevölkerung gegen Hunger und Kälte eine Winterhilfe nach folgenden Gesichtspunkten durchzuführen:

1. Die Winterhilfe ist eine zusätzliche Naturalhilfe

Die Brüder Sklarek.

Erregte Zusammenstöße mit Stadtbankdirektor Hoffmann.

In einer Hinsicht war der erste Verhandlungstag im Sklarek-Prozess, abgesehen von allem anderen, von besonderem Interesse. Die Brüder Sklarek offenbarten mit aller Klarheit, wie sie ihre Verteidigung einzurichten beabsichtigen. Nicht sie haben betrogen, sondern sie sind die Betrogenen; und dann haben sie sich mit den geschäftlichen Angelegenheiten überhaupt nur sehr wenig befaßt; alles lag in den Händen von Max Sklarek, der sie, die beiden anderen Brüder, an die Geschäftsführung nicht herangelassen habe. Max Sklarek liegt aber, wie der Gerichtsarzt Dr. v. Wahrenholz nach seinem Besuch beim Kranken dem Gericht mitteilte, im Sterben.

Sämtliche Angeklagten erklären zu Vorhalt des Vorsitzenden, wessen sie angeklagt sind: ich bin unschuldig, ich bin vollkommen unschuldig, ich bin wirklich unschuldig. Das Gericht tritt dann in die Vernehmung des Angeklagten Leo Sklarek ein. Vors.: Sie haben doch die Anklageschrift gelesen? Leo Sklarek: Nein. Vors.: Weshalb nicht? Leo Sklarek: Weil ich schon nach den ersten paar Seiten gesehen habe, daß hier alles verkehrt dargestellt ist. Vors.: Vielleicht waren die letzten Seiten richtig? Leo Sklarek: Nein. Vors.: Sie haben sie doch nicht gelesen. Vors.: Ihr Vater stammt aus Rußland, ist als Zwanzigjähriger nach Deutschland gekommen, Ihre Mutter war Deutsche, im Jahre 1911 heiratete Ihr Vater nach dem Tode Ihrer Mutter zum zweiten Male. Hat Ihr Vater nach seinem Tode Mittel hinterlassen? Leo Sklarek: Was man so Mittel nennt. Vors.: Von Ihren Begriffen wollen Sie natürlich nicht ausgehen. Ihre Stiefmutter lebt noch. Wird sie von Ihnen unterstützt? Leo Sklarek: Ja, soweit wir dazu imstande sind. Wir werden jetzt selbst von unseren Freunden unterstützt. Vors.: Von Ihrem 14. Jahre an lernten Sie und Ihre Brüder in der Konfektionsbranche, Sie hatten Anstellungen in verschiedenen Firmen. Haben Sie auch die Buchführung gelernt? Leo Sklarek: Ich verstehe von Buchführung gar nichts, habe in die Bücher niemals hineingeschaut, bin überhaupt nur eine Stunde im Geschäft gewesen und habe mich die ganze übrige Zeit dem Rennsport hingegeben. Max Sklarek war der Organisator und der große Finanzmann. Direktor Hoffmann hat ihn ja auch für den alleinigen Geschäftsinhaber gehalten. Vors.: Sie haben aber Max Sklarek im Jahre 1919 in das Geschäft hineingenommen. Leo Sklarek: Ja, zu unserem Unglück. Vors.: Was heißt zu unserem Unglück? Leo Sklarek: Ich meine, daß wir jetzt auf der Angeklagtenbank sitzen. Vors.: Ich möchte eins sagen, hoffentlich werden die Brüder hier einstehen für das, was sie getan haben. Es wäre nicht schön, alles auf den sterbenden Bruder abzuwälzen. Es ist ja Ihre Spezialität, sich auf Tote zu berufen.

Die begehrte Wahrfagerin.

Leo Sklarek: Wir wollen hier nur die volle Wahrheit sagen. Ich habe mich mit meinem Bruder Max nie verstanden, er hat ein herrisches Wesen, er war nach oben strebend. Er wollte einen großen Namen haben. Ich dagegen lebte meinem Rennsport. Der Vorsitzende stellt fest, daß der Angeklagte Leo Sklarek schon vor dem Kriege einen Offiziersdienst geleistet hat, und daß er dem Finanzamt falsche Angaben über die Herkunft des Geldes gemacht, für das er sein erstes Pferd gekauft hatte. In der Kriegszeit haben die beiden Brüder Leo und Willi das Gardetorps und die Kommandantur mit Textilien beliefert. Leo Sklarek wurde als feindlicher Ausländer in Militärgefangenschaft genommen; er kam um seine Einbürgerung nach. Dem Gesuch sollte stattgegeben werden unter der Bedingung, daß er seiner Militärpflicht genüge. Er wurde l. v. geschrieben, aber von seinem Bruder wenige Monate vor Kriegsende unter dem Vorwande reklamiert, weil Kriegslieferungen zu erledigen wären.

Auch eine andere interessante Angelegenheit kam zur Sprache. Max Sklarek hatte nämlich die Gewohnheit, eine Wahrfagerin in Reutölln, eine Frau Seidler, wegen zukünftiger Geschäftsaussichten zu befragen. Willi behauptet, deswegen mit seinem Bruder ständig Streit gehabt zu haben. Vors.: Die Wahrfagerin hatte doch Ihrem Bruder Max einen ganz guten Tip mit Kieburg gegeben. Uebrigens besuchte auch Leo Sklarek die Wahrfagerin. Er habe zwar nicht an sie geglaubt, es seien aber sehr viele prominente Persönlichkeiten des Berliner Magistrats bei der Wahrfagerin ein- und ausgegangen; sie hätte ihm auch erzählt, daß sie mit Erfolg im kaiserlichen Hauptquartier während des Krieges geweissagt habe. (Ra, also!)

Es folgt die Erörterung der Geschäftsgründungen der Gebrüder Sklarek. Im Jahre 1921 wurde die Offene Handelsgesellschaft gegründet. Leo Sklarek brachte 100 000 Mark ein. Vorsitzender: Und Ihr Bruder Max, was brachte der ein? Leo Sklarek: Gar nichts. Wir wollten ihn nur als Organisator. Die Räume auf dem Hausvogteiplatz wurden bald zu eng, es wurden in der Niederwallstraße Fabrikationsräume gemietet. Im Jahre 1925 wurden die Textilwerke Gebrüder Sklarek gegründet; um Deckenlieferungen ausführen zu können, sagten die Angeklagten.

Schließlich bestanden in der Kommandantenstraße, in der die Brüder Sklarek ihre Geschäfte betrieben, drei Firmen. In der ersten Etage war Max Sklarek in der KAS. tätig, in der dritten Etage hatte Leo Sklarek bei der Textilgroßhandlung sein Bureau, und in der 4. Etage befand sich der Fabrikationsbetrieb von Willi Sklarek. Leo Sklarek schildert die Dinge wieder so, daß er sich fast nur um sein Geschäft gekümmert habe und im Büro nur selten gewesen sei. Vorsitzender: Sie waren es, der hauptsächlich mit der Stadtbank

verhandelt hat? Leo Sklarek: Nein, ich habe nur Aufträge ausgeführt. Die geschäftlichen Dinge waren mit Direktor Hoffmann in fünf Minuten erledigt. Dann unterhielt ich mich mit ihm über Pferde, er hatte die verschiedensten Anliegen an mich, ich war für ihn die Versorgungsperson, wir waren die besten Freunde. Wir haben uns auch zusammen fotografieren lassen. Vorsitzender: Direktor Hoffmann hat sich aber beschwert, daß Sie ihn stundenlang rufhalten. Leo Sklarek: Das ist nicht wahr.

Der Stadtbankdirektor sagt aus.

Direktor Hoffmann: Ja, die Besuche dehnten sich außerordentlich aus. Natürlich mußte ich Herrn Leo Sklarek gegenüber höflich sein, da er unser Kunde war, und ich tat es im Interesse der Bank. Wir haben doch anderthalb Millionen für die Bank herausgeholt. Des ist das Furchtbare, was mir passieren konnte, daß ich jetzt hier sitze. Das Bankinstitut ist ein Stück von mir selbst, und jetzt habe ich den Speer in den Rücken erhalten. (Mit erhobener Stimme): Ich habe nur meine Soldatenpflicht erfüllt und stehe hier als Dumpe! Leo Sklarek (lacht milder erregt): Ich glaube, wir waren die besten Freunde. Direktor Hoffmann: Freundschaft das ist so ein Begriff. Zwischen Ihnen und mir besteht eine unüberbrückbare Kluft. Leo Sklarek (in höchster Erregung): Führen Sie hier keinen Sokrates auf wie im Landtag. Am 16. Februar kamen wir aus Bittan, am 20. haben Sie die ganze Nacht mit mir durchgezacht. Nachdem durch die Revision die ganze Angelegenheit aufgedeckt war, wäre es Ihre Pflicht gewesen, mir alles zu sagen. Hoffmann: So?! Rechtsanwalt Dr. Bindar: Ist es richtig, daß auch Ihre Frauen miteinander verkehrt haben? Direktor Hoffmann: Ja. Ich habe ja nicht gemußt, daß die Fälscher die Sklareks waren.

Die Sklareks als Idealisten!

Leo Sklarek: Das sind sie heute noch nicht, Herr Hoffmann. Wir sind Idealisten. Willi Sklarek (in noch größerer Erregung) zum Stadtbankdirektor Hoffmann: Warum sind Sie jetzt so feige? Alle Stadtbankdirektoren und alle hohen und höchsten Magistrats-

SA.-Burschen ziehen um Alte Nazi-Kasernen werden geschlossen — neue erstehen

Das energische Durchgreifen der Berliner Schutzpolizei gegen die militärischen Stützpunkte der SA-Kolonnen hat den Uebermut dieser Erregungsgruppen etwas gedämpft. Dabei haben sich jetzt die Berliner Nationalsozialisten, die immer unverhüllter ihre Rüstungen zum Bürgerkrieg betreiben, als die verfolgte Anschuld hinzustellen. „1000 SA-Leute obdachlos“, „6000 Nationalsozialisten ohne Essen“, „Obdachlose SA von der Polizei verhaftet“, lauten die Schlagzeilen der feindschaftlichen Presse Berlins.

Diese Ablenkungsmanöver werden die wachsame Arbeiterschaft nicht irreführen. So gingen uns am Tage nach der Schließung der berühmtesten Nazikaserne fortgesetzt Mitteilungen zu, daß am Tegeler Weg Nr. 7 der SA-Sturm 31 ungeniert sein Treiben fortsetze. Man kümmerte sich dort nicht weiter um das Verbot, sondern haufte ruhig in der Kaserne weiler, als wäre nichts geschehen. Das ging so lange, bis am Dienstag ein Polizeikommando vorfuhr und acht SA-Leute, die verbotswidrig in ihrer ehemaligen Kaserne weiter genächtigt hatten, festnahmen und zum Polizeipräsidium brachte.

Auch die Ausräumung der Nazikaserne in der Lühowstraße 93 verlief nicht ohne Reibereien. Hier stellte sich die ausquartierte Besatzung vor der Haustür auf und jammerte, wie uns Augenzeugen berichten, den Passanten vor: „Barium schmeißt uns denn die Polizei auf die Straße? Jetzt haben wir keine Wohnung mehr, wo sollen wir bloß schlafen?“ Dabei haben die Burschen, die die Polizei in den meisten Fällen feststellte, Unterfunktsmöglichkeiten bei ihren Eltern. Wenn nun die „Deutsche Zeitung“ in ihrer Abendausgabe

vom Dienstag schreibt, das Mobiliar wäre schließlich wieder in das Haus Lühowstraße 93 geschafft worden, dann ist das nur die halbe Wahrheit. Wir freuen uns, daß durch unsere Veröffentlichungen die Wachsamkeit der republikanischen Bevölkerung geschärft worden ist. So wird uns mitgeteilt,

daß die SA-Leute von der Lühowstraße 93 in eine leerstehende Großwohnung in der Körnerstraße 1 gezogen sind;

andere haben sich in der Gottwellstraße verborgen. Die Berliner Arbeiter werden den nationalsozialistischen Nordbuben weiter gehörig auf der Spur bleiben.

Wir werden noch nachträglich von Friedenauer Jugendgenossen darauf aufmerksam gemacht, daß fast kein Tag verging, an dem nicht Ueberfälle auf Mitglieder der SA von der Friedenauer Nazikaserne in der Fregestr. 6 aus organisiert wurden. So gut wie jeder Heimabend unserer Friedenauer Jugend wurde von SA-Leuten belagert und die Genossen auf dem Heimwege hinterrücks überfallen. Am 28. Juli wurde dabei dem Genossen Herbert L. das Kniebein eingeschlagen. Am Tage darauf mußten sich die Jugendgenossen von Schutzpolizisten nach Hause begleiten lassen, da die SA, gedraht hatte, ihnen alle Knochen zu brechen und schließlich am 16. September wurde der Jugendgenosse Walter L. furchbar von den SA-Horden zugerichtet. Es wird für Friedenau noch festzustellen sein, ob die bisherige Polizeifloktion ausreicht, um den Terror der Friedenauer Sturmkolonnen der Hakenkreuzler wirklich zu brechen.

WENN DER KURS FÄLLT

ROMAN
VON F. Scherret.

„Arme Kleine!“ bestätigt Frau Caspari. Heute ist die Lotte Mitte zwanzig. Wie lange noch, und es kommen jüngere, die frischer sind und besser aussehen. Man müßte das alles ganz anders organisieren. Dazu verbittert sie sich selbst ihr Leben durch Intrigen gegen die Kollegen. Warum haßt die Hinzelmänn die Rosols? Warum hält sie nicht zu ihr, die doch auch eine Angestellte ist? Neid und private Zankereien geben den Ausschlag und lassen keine Solidarität aufkommen. Frau Caspari beschließt, zum Abschied Fräulein Hinzelmänn Kopf etwas zurechtzurücken. Sie hat die Kollegin trotz des Klappermaules im Laufe der Jahre als anständigen Menschen schätzen gelernt.

„Sein Sie mal einen Moment still, Lotte, ich muß Ihnen was sagen.“ Sie drückt Fräulein Hinzelmänn auf ihr Stühchen nieder und legt sich auf die Kante des Schreibtisches. „Also passen Sie mal auf: wäre es nicht besser, Sie würden sich mit Fräulein Rosols gut stehen? Ruhe, jetzt rede ich!“ unterdrückt sie jeden vorzeitigen Einwand. „Ihr braucht ja nicht miteinander Bruderschaft zu trinken, aber im Büro kann doch Harmonie herrschen. Zusammenarbeiten! Es ist alles so verkehrt! Der „Meckerer“ faßelt dauernd: wir ziehen alle an einem Strang, aber es ist nichts dahinter! In diesem Kontor kann von einem Zusammenhalten der Angestellten gar keine Rede sein und so ist es doch wohl in den meisten kleinen Betrieben.“

„Ra, klar, Mensch!“ Fräulein Hinzelmänn Ton klingt mürrisch. „Ich kenne den faulen Zauber von Grund aus.“ „Das muß sich ändern!“ ruft Frau Caspari. „Warum seid ihr nicht alle im Verband? Wenn es darauf ankommt, sich beim Chef lieb Kind zu machen, vergeht ihr die Kollegialität und geht über Leichen...!“

„Jeder will vorwärts kommen. Wenn man eine Kollegin ausstechen kann, soll mans tun, sonst tut sie es“, verkündet Fräulein Hinzelmänn ihr Evangelium des Erfolges.

„Das ist falsch und dumm! Was haben Sie davon, gegen die Rosols zu stänkern?“

„n Vergnügen!“ Fräulein Hinzelmänn winkt ab. „Lassen Sie man. Ich weiß, daß Sie es gut meinen, aber Sie sind ja jetzt sozusagen der feine Mann. Sie betrachten uns Büroangestellte von außen, auch wenn sie noch ein paar Tage hier arbeiten. Ich hab früher als Pimi die besten Absichten gehabt. Mit siebzehn Jahren trat ich bei Carl Berner Nachfolger ein. Das ist die Druckerei in der Grabenstraße. Ne keine Wirtschaft war da! Lauter Weiber. Ich hatte Angst vor der Kontoristin, die drei Jahre älter war, und die hatte Angst vor der Stenotypistin, und die hatte wieder Angst vor der Buchhalterin, einem Satan von 30 Jahren, und das Ganze zitterte vor dem Prokuristen. Der Chef war ein netter alter Jude. Damals wollte ich noch mit allen Leuten in Eintracht leben aber inzwischen bin ich müde geworden. Glauben Sie mir: man wird so stumpf und interesselos, wenn man jahraus, jahrein im Büro haßt, gleichgültig, ob es sich um Carl Berner Nachfolger oder um Ed. Silvester u. Söhne handelt. Man denkt gar nicht mehr darüber nach, was man tut, wenn man anfängt nachzudenken... Na, lieber nicht! Und was die Wilma Rosols betrifft, so ist das alles nicht so schlimm. Natürlich hab ich ne Wut, weil sie es besser versteht, und wenn sie wieder mal 'n neues, pikantes Kleid an hat, möcht ich ihr die Wasserwellen zerrausen, aber das ist nur eine Augenblicksache. Im Grunde meine ich es nicht böse. Ich verstehe nicht, daß Sie überhaupt zuhören. Was geht denn sie das noch an?“ Es klingt feindselig.

„Fräulein Hinzelmänn, geben Sie mal diese Depesche durch. Aber sofort.“ Bürochef Ziege ist eingetreten. Es ist keine Art, plötzlich da zu sein, ohne daß ihn jemand kommen hört. „Können Sie alles lesen?“ Er fährt mit dem Zeigefinger die Reihen des Telegrammformulars entlang. „Roggen-cohn, Riga!“ Diese Telegrammadresse ist Herrn Ziege besonders wichtig, denn er wiederholt noch einmal; indem er Fräulein Hinzelmänn hypnotisierend in die Augen sieht: „Roggen-cohn, Riga. Einfach.“

„Bitte die Telegrammaufnahme!“ hört Frau Caspari Fräulein Hinzelmänn telefonieren. Sie kommt sich plötzlich überflüssig vor. Hier geht alles weiter wie immer, ohne sie und ihre guten Rat schläge. Ich werde nichts ändern, sieht sie ein. Ich werde eine hübsche Wohnung haben, schöne Kleider tragen und dieses eine Jahr der langweiligen Arbeit bald vergessen. Aber Lotte Hinzelmänn muß bleiben, muß weiter Stenogramme aufnehmen, Telegramme durchgeben, jeden Werktag von acht bis vier in den Räumen der Firma Ed. Silvester u. Söhne das tun, was man von einer guten

Stenotypistin mit französischen und englischen Sprachkenntnissen verlangt. Zur Erholung darf sie sich mit den Kollegen herumzanken. Frau Caspari fühlt eine große Erleichterung. Ich bin frei! Ich kann leben wie es mir gefällt! Gleichzeitig denkt sie beschämt: ich werde der kleinen Hinzelmänn etwas Schönes schenken. Zum Andenken!

„Der Chef wollte mich sprechen.“ Johannes Frey, der Betriebsobmann der fünfzehn Vagrarbeiter in den beiden Silvesterischen Speichern, tippt Fräulein Hinzelmänn auf die Schulter. Er ist um die dreißig herum und groß und breit gewachsen. Sein Gesicht zeigt den vierkantigen, ostpreussischen Typ.

„Hab ich mich erschreckt“, lacht Fräulein Hinzelmänn. „Sie müssen immer ihre Wippen machen.“ Eine Anrede vermeidet sie. Nur einfach den Namen zu nennen, erscheint ihr unpassend und noch unpassender, vor diesen Namen die Bezeichnung Herr zu setzen. Der Begriff Genosse ist ihr unbekannt oder zum mindesten nicht geläufig.

„Sonn' merken Sie am Ende nicht, daß ich da bin.“ Frey grüßt kurz Frau Caspari, die in den Briefordnern kramt, um nicht unbeschäftigt zu sein, wenn ein Augenstehender in die geheiligten Büroräume eindringt.

Fräulein Hinzelmänn schwankt in ihren Sympathien für Frey. Sie bewundert seine trainierte, muskelbewehrte Männlichkeit und wird abgestochen, weil ein Arbeiter unter dem Bürger rangiert. „Ach meide Sie!“ Sie kurbelt zum Chef. „Sie sollen reinkommen!“

James wühlt in gleichgültigen Papieren. Er sitzt hinter dem Schreibtisch, weil man dort immer sicher und geborgen sitzt. Der Schreibtisch sondert scharf und akzentuiert den Machtbereich der Gnadenkönigin von der Sphäre der Besucher oder Bittsteller. Vor ein paar Tagen stand James als Schnorrer vor einem Schreibtisch, jetzt darf er hinter diesem Schutzwall das beruhigende Gefühl des Chefs genießen.

„Morgen, Herr Silvester!“

„Morgen, Frey! Sehen Sie sich bitte.“ Im Verkehr mit seinen Arbeitern gelingen James joviale Herzensteine. „Kling sei artig!“ Er gibt der Dogge, die verdächtig zu knurren beginnt, einen Klaps auf den Schädel.

„Die übliche, freundliche Begrüßung. Kennen wir schon.“ Frey hat sich auf einen Stuhl vor dem Schreibtisch gesetzt. „Nimmer ruhig Blut, mein Schwälchen... Ja...!“

(Fortsetzung folgt.)

beamteten haben uns herumgeschwänzelt und waren froh, wenn sie mit uns ausgehen konnten. Es ist eine Unverschämtheit, schämen Sie sich!

Nachdem wieder einigermaßen Ruhe eingetreten ist, fragt der Vorliegende den Angeklagten Leo Sklarek, ob er überzeugt gewesen sei, daß die Geschäfte in gutem Gange seien. Leo S.: Wenn ich von Magens Gebaren früher gewußt hätte, ich schwöre Ihnen, es wäre nie passiert. Vorl.: Schänden Sie besser nicht. Leo Sklarek: Mag Sklarek hat mit seinen Freunden beim Magistrat alles fertig gemacht.

Es werden nun die abendlichen Ausgänge von Leo Sklarek mit den verschiedenen Leuten erörtert. Leo S. behauptet, daß diese Ausgänge mit geschäftlichen Dingen nichts zu tun gehabt hätten. Er sei einfach mit seinen Freunden aus gewesen. Es waren die größten Persönlichkeiten darunter; allerdings habe er größtenteils bezahlt. Daß Mag Sklarek diese abendlichen Ausgaben gebüht hat, sei möglich. Er habe wöchentlich wie auch die anderen Brüder 1000 Mark aus dem Geschäft gezogen. Bei einem jährlichen Umsatz von drei Millionen habe er das für übertrieben gehalten. Noch Ende 9128 habe der Buchhalter Lehmann auf seine Frage erwidert, das Geschäft sei aktiv. Die KVB sei mit einem großen Zuschuß übernommen worden, man habe mit einer Million Monatsumsatz gerechnet. Angesichts der Lieburghischen Konturrenz sei aber nicht mehr als für 30 000 Mark monatlich umgesetzt worden. Mag S. habe aber gefagt: Kümmer dich nicht, in zwei Jahren werden wir alles haben. Im übrigen will Leo S. in den Gang des Geschäfts keinen Einblick gehabt haben.

Die Vernehmung der Angeklagten Kohl, Degner, Gabel und Schneider dreht sich hauptsächlich um die Frage, ob Aufsichtsratsmitglieder der KVB die Beamteneigenschaft befeßen hätten. Die Angeklagten verneinen das. Nur der Angeklagte Klossowski, der die Liquidation der KVB zu betreiben hatte, ist der Ansicht, daß der Vorliegende des Aufsichtsrats, Kohl, sein Vorgefährter gewesen sei. Die Verhandlung geht am Donnerstag weiter.

Ruhe in der Bannmeile.

Abperrungen der Schutzpolizei. — Keine Zwischenfälle.

Die skandalösen Vorgänge bei der Reichstagsöffnung im Oktober des vergangenen Jahres und der am gleichen Abend erfolgte Schaufenstersturm nationalsozialistischer SA-Kolonnen in der Leipziger Straße hatten der Berliner Schutzpolizei Veranlassung gegeben, bei der gestrigen Reichstagsabperrungen in großem Ausmaß in der Umgebung des Reichstages vorzugehen.

Bereits mittags fuhren die Wagen der Polizei im Tiergarten auf und jagen alsbald die Sperrketten, so daß niemand ohne Reichstagsausweis passieren durfte. Der Sperrkreis wurde gegen 15 Uhr noch erweitert; er erstreckte sich in der Friedrich-Ebert-Straße bis zur Lennestraße und reichte in der Straße Unter den Linden bis über die Wilhelmstraße. Doch diese Abperrmaßnahmen dürften einen Zweck und Sinn hatten, bewiesen die zahlreichen Gruppen Halbwüchsiger, meist Halbkreuzler, die im Tiergarten und vor den Sperrketten umherliefen, aber kein „Betätigungsfeld“ fanden. Gegen 18.30 Uhr kam es am Spittelmarkt zu einer Zusammenrottung von etwa 400 Kommunisten. Es wurde gerufen: „Wir haben Hunger, nieder mit der Regierung!“ Beim Erscheinen der Polizei löste sich die Menge auf.

Gegen 18 Uhr waren die Abperrungen der Schutzpolizei zum größten Teil bereits wieder aufgehoben, nur an einigen besonders beliebten Radaupunkten der Innenstadt wurden noch stärkere Schutzposten aufgestellt. Im Laufe des ganzen Tages ist nicht eine einzige Festnahme erfolgt.

Laubenland für Erwerbslose.

Magistrat stellt stadteigenes Gelände zur Verfügung.

Auf dem Oberpräsidium wurde gestern die Hergabe von Kleingartenland an Erwerbslose besprochen. Die Vertreter der Stadt Berlin stellten in Aussicht, daß der Magistrat stadteigenes Gelände in verkehrsgünstiger Lage als Kleingartenland bereitstellen wird. Die Verhandlungen wegen der Verfügungstellung staatlichen Geländes werden sofort vom Oberpräsidium aufgenommen. Die Hergabe von städtischem und staatlichem Gelände soll erfolgen, sobald der Bedarf an Kleingärten für Erwerbslose in den einzelnen Stadtbezirken festgestellt ist. Der stellvertretende Vorliegende des Reichsverbandes der Kleingärtnervereine Deutschlands, der sozialdemokratische Stadtverordnete Reinhold, erklärte sich für seine Organisation bereit, Erwerbslose zu beraten und ihnen bei der Einrichtung und Bewirtschaftung des Gartens zur Hand zu gehen.

Kreuzverhör im Calmette-Prozess.

Der Hauptangeklagte wird weiter vernommen.

Lübeck, 13. Oktober.

Bei der weiteren Vernehmung des Angeklagten Dr. Alftaadt zur Frage der Anwendung des Calmette-Verfahrens wurde der Angeklagte in ein Kreuzverhör der Staatsanwälte und der Vertreter der Nebenkläger genommen.

Dr. Alftaadt betonte u. a., man habe in Lübeck nicht daran gedacht, frange Kinder zu füttern, sondern nur gesunde. Nachdem die Hygienische Sektion des Völkerbundes, an der drei Vertreter des Reichsgesundheitsamts teilnahmen, Stellung zum Calmette-Präparat genommen und das Gesundheitsamt eine neuere Verfügung nicht herausgegeben hätte, habe er annehmen können, daß das Gesundheitsamt seine früheren Bedenken zurückgestellt habe. Alftaadt betonte auf weitere Fragen, er habe nicht mit der Möglichkeit rechnen können, daß ein seit 1921 abgeschwächter Bazillus innerhalb von sechs bis acht Monaten wieder virulent werden könne. Ihm sei auch nicht bekannt gewesen, daß man die Kulturen, im Gegensatz zu der von Calmette angewandten Art der Züchtung auf Rindergalle, in Lübeck auf Eiernährboden anlegte.

Der Vorliegende vertagte darauf die Verhandlung mit Rücksicht auf den sehr abgesspannten Angeklagten.

Zwei Frauen bei einer Explosion getötet.

London, 13. Oktober.

Durch eine schwere Explosion in der Spinnerei Burnley & Sons bei Leeds wurden zwei Frauen getötet und 40 Personen zum Teil schwer verletzt. Das Unglück entstand infolge Platzens einer Leberhöhlenanlage. Das Glasdach und die Mauerwände stürzten ein und begruben Dutzende von Arbeitern und Arbeiterinnen unter sich.

Sprechchor für proletarische Feiern. Die Uebungsstunde findet in dieser Woche am Donnerstag, dem 13. Oktober, 19½ Uhr, im Gefängnis der Sophienstraße, Weinmeisterstraße 16—17, statt. Es wird zur Feiern im Rundfunk und zur Revolutionsfeier geprobt. Neue Mitglieder — Männer, Frauen und Jugendliche — werden aufgenommen.

Probleme der Jugendfürsorge.

Eine Aussprache. — Wie die Russen Reklame machen.

Man muß den Sowjetleuten zugeben, daß sie sich auf Propaganda verstehen. Die Vorführung des Films „Der Weg ins Leben“, die kürzlich im Mozartsaal stattfand und zu der im wesentlichen solche Teilnehmer geladen waren, die an den großen Erziehungsproblemen der Gegenwart interessiert sind, diente als Grundlage zu einer Aussprache über die Fragen der Fürsorgeerziehung, die die Kommunisten nach dem Scheitern des Sondererziehungsprojekts für die Verherrlichung angeblich idealer russischer Zustände ausnützen.

Der Film zeigt eine Kette schwer belasteter, völlig verkommenen Kinder, die raubend und stehend, geschlechtskrank und zerkümpft Rußland durchziehen. Ein junger Mensch, Angehöriger der GPU, nimmt sich ihrer an, und es gelingt ihm das große Experiment, das er sich vorgenommen hat: Die hemmungslosen, asozialen, verbrecherischen Jugendlichen gründen eine Kommune und leisten dort wertvolle Arbeit für die Allgemeinheit. Soetische und geistige Kräfte werden in ihnen geweckt und verwandelt diese Kinder nach mehrfachen Rückschlägen in frische, gesunde, glückliche, arbeitssame junge Menschen. Der Weg aber, den dieser Erzieher einschlägt, ist nicht etwa die Form irgendeiner Gewaltmethode, Strenge, Drill und Kasernenhofgeist, sondern diese Jugendlichen werden einfach als Menschen behandelt, mit Güte, Herzlichkeit und Humor zur Verwirklichung ihrer besten Anlagen, ihrer Charakterfähigkeiten und Talente geführt. Was in diesem ersten russischen Tonfilm gezeigt wird, ist natürlich nur ein kleiner Ausschnitt, ein Idealbild, das eine ganze Reihe schwieriger Probleme außer acht läßt. Es sind auch trotz der russischen Umwelt und trotz der russischen Menschen nicht etwa neue, von Sowjetrußland ausgehende Erziehungsversuche, die hier gemacht werden, sondern es ist umgekehrt: die kommunistische Weltanschauung hat hier eine Anleihe bei einem der größten Erzieher Deutschlands, bei Pestalozzi, aufgenommen. Mit der Erziehungsmethode, den Menschen als Menschen zu behandeln, die der Film zeigt und für die die Sozialdemokratie seit Jahrzehnten eintritt, sind wir völlig einverstanden — sie ist eine einfache Selbst-

verständlichkeit für jeden sozialistischen Erzieher. Was wir ablehnen, ist nur die Tatsache, daß man uns diese Selbstverständlichkeit als großes, neues russisches Experiment vorsetzt, das die Ideenfülle, die Großzügigkeit und den humanen Geist in einem Lande beweisen soll, in dem freie Meinungsäußerung und persönliche Freiheit nur auf dem Papier stehen.

In der sehr ausgedehnten lebhaften Diskussion sprachen unter anderen Stadtrat Dr. Friedländer, der mit Recht betonte, daß man die im Film gezeigte kollektivistische Erziehung nicht ohne weiteres auf deutsche Verhältnisse übertragen könne. Er bemängelte auch mit Recht, daß der Film die jeweilige Frage der Fürsorgezöglinge, die getrennt von der übrigen Welt in einer Gemeinschaft leben, völlig außer acht läßt. Piarrer Biener bezweifelte, daß es in der Sowjetunion nur solche Idealerzieher gäbe, wie sie der Film zeigte. Das Ganze sei ein Anfang, der begrüßt werden könne, und es sei zu fordern, daß die Hauptmittel des Staates überall für die Erziehung des Menschen verwendet würden. Auch zwei ehemalige Fürsorgezöglinge kamen zu Wort, die von ihren Erlebnissen berichteten und scharfe Kritik an den Methoden eines großen Teils der deutschen Fürsorgeanstalten übten. Der leitende Fürsorger des Landesjugendamts Berlin, Ehrhardt, wies darauf hin, daß es trotz Scheitern in Deutschland eine Reihe von gut geleiteten Anstalten gäbe. Leider seien diese Anstalten, die vorbildlich für alle sein müßten, noch nicht die Regel. Es müsse jeder Fußbreit Boden gegen die Reaktion erkämpft und verteidigt werden. Die Erziehungsrichtlinien des Ministeriums seien nichtsagend. Er kennzeichnete das Elend der erwerbslosen Jugend und schätzte die Zahl der männlichen Prostitution verfallenen Jugendlichen in Berlin auf 30 000. (7 Red. d. „B.“)

Ein Jungdeutscher sprach über die freiwillige Arbeitsdienstpflicht, und ein Linkskommunist lehnte den Film rückwärts ab, da hier mit den raffiniertesten Methoden die Jugendlichen zur Anerkennung einer Autorität gezwungen würden.

Wie Berlin spart.

24 Millionen Mark Einsparungen in diesem Jahr.

Dem Haushaltsausschuß der Stadtverordnetenversammlung wurde in seiner gestrigen Sitzung durch den Stadtkämmerer ein ziffernmäßiger Bericht über die Einsparungen bei den einzelnen Haushaltsposten überreicht. Diese Zusammenstellung stellt eine Ergänzung des Berichtes des Oberbürgermeisters über die Finanzlage und über die getroffenen Sparmaßnahmen dar.

Nach dieser Zusammenstellung ergeben sich für das Haushaltsjahr 1931 voraussichtlich folgende Mehreinnahmen und Minderausgaben:

Allgemeines	1 540 000 M.
Allgemeine Verwaltung	594 050 „
Baumwesen	1 022 100 „
Schulwesen	3 603 980 „
Kunst und Wissenschaft	218 020 „
Wohlfahrt	6 804 000 „
Gesundheitswesen	1 686 300 „
Betriebe	2 975 000 „
Finanzverwaltung	5 500 000 „
insgesamt	23 923 450 M.

Der Haushaltsausschuß nahm einen Antrag an, wonach den Lehrern die Mitgliedschaft bei der Krankenkasse erhalten bleiben soll. Der Magistrat bzw. der Oberbürgermeister werden ersucht, zu veranlassen, daß den am 1. Oktober 1931 entlassenen Lehrpersonen, die bei ihrer Entlassung Mitglieder der Städtischen Krankenkassenversicherung waren, das Recht auf Mitgliedschaft erhalten bleibt.

Schießwütiger Kommunist.

Der Schuß auf den Schupo. — Zwei Jahre Zuchthaus.

Wegen verurteilter Tötung des Polizeiwachmeisters Krebs hatte sich gestern vor dem Schwurgericht I der 29jährige Arbeiter Franz Kobbauer zu verantworten.

In der Nacht zum 21. Juli hatte der Polizeiwachmeister Krebs in der Gubener Straße eine kommunistische Kiebekolonnie verschreckt. Als er um die Ecke kam, stieß er auf den Angeklagten, den er als Mitglied der KPD kannte und den er für den Führer der Kolonne hielt. Er wollte Kobbauer verhaften, dieser riß sich aber los und hielt dem Beamten mit den Worten: „Weg, oder ich schieße“ eine Pistole entgegen. In demselben Augenblick trachte auch schon ein Schuß, die Kugel traf den Beamten aber nicht, da dieser zur Seite gesprungen war. Durch hinzugekommene Polizeibeamte wurde Kobbauer dann entwaffnet und festgenommen.

In der Verhandlung behauptete der Angeklagte, daß er nicht die Absicht gehabt habe, auf den Beamten zu schießen, der Schuß sei von selbst losgegangen. Er habe die Pistole kurz vorher einem Nationalsozialisten, der ihn bedroht hatte, weggenommen, und er habe geglaubt, daß es eine Schreckschußpistole sei. Der von dem Angeklagten benannte Nationalsozialist, ein 19jähriger Arbeiter, bestritt aber unter seinem Eide, daß er eine Pistole gehabt habe. Es sei richtig, daß der Angeklagte an ihn, während er mit seinem Freunde in der Haustür stand, vorbeigekommen sei. Kobbauer habe ihm im Gegenlicht zugerufen: „Dir jage ich noch eine Kugel in den Leib.“ Polizeiwachmeister Krebs betonte, daß der Angeklagte die Waffe auf ihn gerichtet hatte.

Das Schwurgericht verurteilte den Angeklagten, gegen den Staatsanwaltschaftsrat Kreisman vier Jahre Zuchthaus beantragt hatte, wegen verurteilter Tötung, Widerstandes und unerlaubten Waffenbesitzes zu zwei Jahren Zuchthaus.

Dreimal zum Tode verurteilt!

Tübingen, 13. Oktober.

Das hiesige Schwurgericht verurteilte heute den Hilfsarbeiter Eugen Beyle aus Engelsbrand, Oberamt Neuenburg, wegen dreifachen Mordes dreimal zum Tode und wegen Totschlags zu acht Jahren Zuchthaus unter Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte. Beyle hatte in der Nacht vom 27. auf den 28. März in Engelsbrand die Eheleute Joll, die seine Schwiegereltern waren, ferner seine Frau und sein acht Jahre altes Schöhnchen mit der Axt erschlagen.

Auslieferung Matuschkas beantragt.

Budapest, 13. Oktober.

Biel besprochen wird hier die Frage, ob Österreich den Uffentäter Matuszka an Ungarn oder an Deutschland ausliefern wird. Das ungarische Auslieferungsgesuch ist bereits am Dienstag nach Wien abgehandelt worden.

Wien, 13. Oktober.

Wie das „Neue Wiener Abendblatt“ meldet, gab Matuszka im Laufe des Verhörs an, daß der eigentliche Täter, der die Anschläge bei Jüterbog und Bia Lorbagg verübt habe, Bergmann heiße. Obwohl Matuszka mit dem Täter angeblich wiederholt zusammen war, will er weder seinen Vornamen, noch seine Wohnungsadresse kennen oder sonst Näheres über seine Person wissen.

Das Wettfrisieren der Bierzig.

Die Haarformer-Juung von 1737 zu Berlin — mit ihrem Alter von fast 200 Jahren wohl mit die älteste aller Zünfte — veranstaltet in den Beamträumen des Zoologischen Gartens ihr diesjähriges Preisfrisieren, verbunden mit der Berufsbedarfsmesse; bei fröhlichen Musikstücken hantieren 40 geschickte Fingern an den blonden, braunen und roten Köpfen zartgeschminkter Mädchen. Zuerst wird das reichlich unansehnlich wirkende schlichte Haar kunstvoll in winzigen Strähnen um Metallkapseln, Röhrchen, Gummiplättchen usw. gewickelt, dann wandert der also geschmückte Kopf unter die Dampfhaube, und aus den glatten Strähnen wird plötzlich ein lockiger Buschelpopf; das ist aber bloß eine Uebergangsstation, denn jetzt wird die ganze Lockenpracht unter Wasser gesetzt und das also präparierte Haar in Wellen gelegt.

Helldorf-Prozess noch in diesem Monat.

Das Schöffengericht Charlottenburg wird sich in seiner neuen Sitzung auf Grund der Ablehnung des bisherigen Gerichts noch in diesem Monat mit dem 2. Kurfürstendamm-Prozess gegen den Grafen Helldorf und Genossen zu beschäftigen haben, und zwar wird Termin zur Hauptverhandlung voraussichtlich auf den 22. Oktober anberaumt werden.

Stettiner Sänger im Reichshallen-Theater.

In ihrem Oktoberprogramm bringen die Stettiner Sänger abendlich eine Reihe lustiger Couplets zum Vortrag. Als Einleitung gelangt ein klottgejungenes Boypourri „Dummelbrüder“ und ein humoristisches Quartett D. Marie von Rudi Schrader. Als Grotteskomiker gefielen Paul Britton und als Gast Alfonso Bornemann. In seinen lässlichen Humoresken erstellte Martin Brauer großen Beifall. Eine gut zusammengestellte Fantasie „Brennenzauber“, Traumerdenungen in 8 Bildern, und eine Schlusshumoreske „Alte Studenten“ fanden langanhaltenden Beifall.

Wetterausichten für Berlin: Vorübergehend stärker bewölkt, aber keine erheblichen Niederschläge, kühl. — Für Deutschland: Im Südboten und Süden noch meist heiter und am Tage sehr mild, im übrigen Reiche etwas verdeckelt, aber nirgends wesentliche Niederschläge, kühl.

Sport.

Rennen zu Grunewald am 13. Oktober.

Preis von Rheinsberg: 1. Lettchen (Zobitz); 2. Libertio; 3. Miß August. Toto: 146:10. Platz: 37, 17, 33:10. Ferner liefen: Verräter, Drommeder, Sillet, Helena, Velas, Jalsand, Palanza.

Preis von Templin: 1. Berillo (D. Schmidt); 2. Edelknabe; 3. Tandem. Toto: 25:10. Platz: 14, 17:10. Ferner liefen: Anstalt, Acker.

Preis von Bernau: 1. Balaßpoge (Brenner); 2. Goliath; 3. Oculor. Toto: 18:10. Platz: 10, 11:10. Ferner liefen: Citadelle, Ostermüdel.

Preis von Cottbus: 1. Thejus (Grabsch); 2. Rosenau; 3. Le Raumbold. Toto: 30:10. Platz: 18, 15:10. Ferner liefen: Margot, Ostind, Eldrus.

Preis der Karl: 1. Marie Louise (D. Schmidt); 2. Saballeri; 3. Mariagrat. Toto: 20:10. Platz: 12, 16, 20:10. Ferner liefen: Prädict, Riffouri, Reichsmars, Silberstein.

Preis vom Sprenckel: 1. Reiterpolter (Grabsch); 2. Gektor; 3. Stejnad. Toto: 22:10. Platz: 21, 29:10. Ferner liefen: Liddy, Tornschüd, Horn.

Preis von Lübben: 1. Rote Rulle (G. Steig); 2. Roms; 3. Gollensunge. Toto: 148:10. Platz: 59, 48, 41:10. Ferner liefen: Wunderblume, Koberleifer, Elpi, Patzlar, Jambus, Kirgise, Lufander, Silberfuchs, Densill.

Hier fäng's an...
beuge vor — gurgle trocken
mit...

Wirtschaftsdrama und Monopolmagnaten

Die Herrschaft der Kapital- und Finanzoligarchie muß gebrochen werden.

Die Geschichte des Unglücks der deutschen Volkswirtschaft, die Geschichte der Sonderkrise der deutschen Wirtschaft ist mit der Geschichte der deutschen monopolistischen Industrien und der Politik der diese Industrien beherrschenden Magnaten identisch. Je länger die vier Millionen arbeitslosen Menschen in Deutschland leiden und je länger die Reichsregierung sich den monopolistischen Magnaten gegenüber als ohnmächtig erweist, um so mehr wird diese Erkenntnis allgemeine Ueberzeugung in Deutschland. Bei den monopolistischen Industrien, bei Kohle, Eisen, Kali, Stickstoff und bei den monopolistischen Finanzorganisationen, den Trusts der privaten Versicherungsgesellschaften und den Blöcken der privaten Hypothekendarlehen handelt es sich nicht mehr um Wirtschaftsförderung und Wirtschaftsunternehmungen, die den kapitalistischen Marktgesetzen gehorchen,

sondern es handelt sich um eine monopolkapitalistische Oligarchie weniger Großbesitzer von Aktienpaketen, die die Staatsgewalt durch ihre Kapitalmacht mißbrauchen, die kapitalistischen Marktgesetze lahmlegen und damit die Volkswirtschaft, solange das kapitalistische System besteht, notwendig in unheilbare Widersprüche verwickeln müssen.

Das Drama falscher deutscher Wirtschaftsführung, das in der jetzigen Krise seinen Höhepunkt erreicht hat und seine Wüsterung in der Entmachtung dieser Oligarchen erfahren muß, begann mit den riesenhafte Subventionen, die die Schwerindustrie nach der Inflation sich, sofort zu sichern suchte. 706 Millionen Mark mußte das Reich nach dem Abdruck der Ruhrinvasion als Entschädigung den Ruhrherren zahlen, nachdem schon während der Inflation Milliardenbeträge zum Wiederaufbau der in Elsch-Lothringen verlorenen Eisenwerke gezahlt worden waren. Das ganze eiserne Elsch-Lothringen, das verloren war, wurde neu aufgebaut, darüber hinaus wurden die Kapazitäten noch enorm erweitert.

Die Jahre von 1927 bis 1930 war es auch, in denen wiederum unter Führung der monopolistischen Industrien und der ihnen durch Aktienbesitz und Aktienverpändung auf Gedeih und Verderb verbundenen Finanzmächte der furchtbare Zusammenbruch der deutschen Kreditwirtschaft und der deutschen Kommunen vorbereitet worden ist.

Jene einst dementierte Schwerindustriellen-Versammlung auf dem Leunawerk war es, von der die Parole ausging, daß der öffentliche Kredit, besonders der Kredit der Kommunen zu droffeln sei.

weil die Industrie höhere Anleihezinsen im Auslande zahlen müsse und daß man „Kommunen und Gewerkschaften an die Wand drücken müsse bis sie quieschen“. In jener Zeit begann der Feldzug zur Privatisierung der öffentlichen Wirtschaft, zur Eroberung der Reichsbahnleitung und der Reichsbankleitung durch die industriemonopolistischen und finanzkapitalistischen Mächte, der unter Führung von Dr. Schacht nach dem Willen dieser Mächte dann zu jenem Ende geführt wurde, vor dem die deutsche Öffentlichkeit heute in schauerndem Entsetzen steht: jene Milliarden kurzfristiger Kredite, die in der Montanindustrie, der Stickstoff-, Zement-, Textilindustrie heute in niemals voll zu beschaffenden Anlagen eingefahren sind und nicht mobilisiert werden können; sie sind die letzte und verderblichste Frucht jenes Oligarchengeistes der Monopolisten, die vergessen haben, daß das Kapital ein Feind und Zerstörer der Volkswirtschaft wird, wenn es aufhört, ihr Diener zu sein.

Diesem ersten, von den Ruhrherren erzwungenen Fehltritt mit der Subventionspolitik folgte eine Lawine von Subventionen notwendig auf dem Fuß:

Mehrmals für die Seeschifffahrt und die Werften, für Rheinmetall 20, für Köhling 37, für Oberschlesische Hüttenwerke 36, für Jünterswerke 15, für Stumm-Konzern 13 Millionen. Waren die Subventionen einmal Mode geworden bei den Großen, mußten sie sich auch bei den Kleineren durchsetzen: Niederschlesische Bergbau A.-G., Monopol A.-G., Filmgesellschaften, Borussia waren Clappen, die bis zum Jahre 1931 reichen. Nicht weniger als zwölf Städte haben industriellen Großunternehmen mit Subventionen unter die Arme gegriffen, weil das schlechte Beispiel der Ruhrherren sich auswirken mußte. Daneben laufen 400 Millionen Reichsgarantien für die Industrie, die Verluste bringen.

Die sogenannte freie Wirtschaft

wurde von den Monopolmagnaten gefordert, um die Volkswirtschaft nach ihren engstirnigen Auffassungen zu mißhandeln und zugrunde zu richten. Es gibt heute kein großes Wirtschaftsland in der Welt, in dem, dank der monopolistischen Preispolitik dieser Magnaten, das Preisniveau so hoch geblieben ist wie in Deutschland. Es gibt kein Land, in dem der Lohndruck so sinnlos praktiziert, die Steuerlasten und der Steuerbetrug so systematisch ausgebildet und die wirtschaftsverderbliche Kapitalflucht so zum guten Ton „königlicher“ Kaufleute geworden ist wie in Deutschland.

Die Subventionen für die Industrie, die ihren Ausgang von der Ruhr nahmen, mußten die Subventionshungrigen Großagrarien bündnisfähig machen für alle schartmacherischen Unternehmerverbände, und das Uebel der Subventionspolitik traf sich von den Ufern des Rheins und der Ruhr durch ganz Deutschland, bis sie in jene ararischen Subventions- und Zollsuhorgien ausarteten, die die Verewigung der Obstbierherrschaft garantieren und die Lebens- und Kaufkraft der deutschen arbeitenden Massen zum Schaden der Landwirtschaft selbst und der Bauern bis ins Mark auszehren.

Es gibt kein Land, in dem das Bündnis finanz- und industriekapitalistischer Magnaten mit dem rückständigsten Großagrariertum so verderbliche Wirkungen in der Wirtschafts- und Handelspolitik, im Lebensstandard und in der seelischen Verfassung der Massen hervorgerufen hat, wie in Deutschland, in diesem Deutschland, das einst die Führung in der Kultur und der Sozialpolitik der Welt hatte.

Nachdem durch Subventionen riesenhafte übergroße Anlagen errichtet waren, mußten die monopolistischen Industrien Kartellorganisationen schaffen,

die ihnen die Herrschaft über den inländischen Markt sicherten, damit sie mit überhöhten Preisen des Inlandes die überschüssige Produktion zu billigen Preisen im Ausland absetzen konnten. Dem Erfolg der Rationalisierung wurde der Boden entzogen. Der deutschen Verarbeitungindustrie wurde mit billigerem deutschen Rohmaterial vom Ausland her Konkurrenz gemacht, die verarbeitende Industrie mußte von ihren inländischen und besonders von den landwirtschaftlichen Käufern höhere Preise verlangen und die Schere zwischen den Produkten der Bauern und den benötigten Industriewaren mußte auseinandergerissen werden. Als die Eisenindustrie sich die Herrschaft über den deutschen Markt auf immer sichern wollte, da stellte sie den deutsch-französischen Handelsvertrag in ihre Dienste, machte durch die Eisenzölle und die klanische Bindung der Eisenhändler Deutschlands Grenzen für ausländisches Eisen unübersteigbar und legte die Reichsregierung mit dem nie eingehaltenen Versprechen herein, daß die angestrebte internationale Rohstoffgemeinschaft die Angleichung der Weltmarktpreise an das deutsche Niveau zum sicheren Ergebnis haben werde.

Und die monopolistischen Kartelle haben diese Wirtschaftsfreiheit und

die Hilfe des Staates

erhalten, und wo die Voraussetzungen zur monopolistischen Kartellherrschaft noch nicht da waren, da hat man sie mit Staatshilfe geschaffen. Die deutsche Handelspolitik wurde dem J.G. Konzern für seine Geschäfte in Japan, sie wurde der deutschen Eisenindustrie zur Schaffung der Kohstahlgemeinschaft, sie wurde der Kunstleidenindustrie für die Kartellbeherrschung in Deutschland, sie wurde der Stickstoffindustrie selbst mit dem Mittel von Einfuhrverboten zur Verfügung gestellt, und das Reichswirtschaftsministerium ließ Schiebungen in der Kaliindustrie zu, damit die Wirkungen der internationalen Kartellierung für die Rente der Kaliindustrie trotz der furchtbaren Auswirkungen der Landwirtschaftskrise unangefastet blieben.

Während das in der Eisenindustrie geschah, geschah in der Stickstoffindustrie, der Zementindustrie, in der Kaliindustrie ganz ähnliches, zu ganz ähnlichen Zielen und mit ganz ähnlichen Ergebnissen. Auch hier ganz ungeheures Ueberkapazität, auch hier Fehlleitung und Verschwendung riesiger Kapitalien, auch hier Quotenjagden und Kartellbittate, auch hier Uebersteuerung des Inlandes, Hochhaltung der Preise zum Schaden der Verarbeitung, zum Schaden der letzten Konsumenten und unter Drofflung der Kaufkraft.

Trotz alledem sind die wichtigsten Monopolindustrien und das Finanzkapital in Deutschland, weil schließlich Subventionen in jeder Form sich irgendwohin als Preisprämie auswirken müssen, heute am Ende ihres Latens.

In den Jahren der Hochkonjunktur 1927 bis Anfang 1929 wurden in den Monopolindustrien geradezu Orgien der Anlagenausdehnung und der Selbstfinanzierung gefeiert, während man gleichzeitig die ganze deutsche Öffentlichkeit in die Psychose der Kapitalnot versetzte. Das Steuerwesen wurde umgebaut, das Schwergewicht von der Beschäftigung auf die Massenbelastung gelegt.

Die Einsicht aber bei den Monopolmagnaten ist nicht gewachsen.

Was wir heute bei den Stilllegungen im Ruhrgebiet erleben, das ist gewiß auch die Rehrseite der lebensgefährlichen Fehler, die in der Geschäftspolitik der Ruhrherren begangen worden sind. Aber sie sind schließlich in erster Linie ein Expressionsfeldzug gegenüber der öffentlichen Meinung und der Regierung, durch den von neuem die Realisierung der durch eigene Fehler verschuldeten Kapitalverluste verhindert und diese Verluste auf den Staat, die verarbeitende Industrie und die Massen in Land und Stadt abgewälzt werden sollen.

Die Agrarier brauchen in einer solchen Lage auch nicht stillzuhalten; im Bündnis mit den monopolistischen Industrien wurden die agrari-

Wir sind heute glücklich wieder so weit wie in den Jahren 1922 und 1923, wo die Schwerindustrie das Zentrum der Inflationspolitik war. Wie damals unter Führung von Hugo Stinnes verlangt worden ist, daß es keine Stabilisierung der Währung geben könne, bevor die Stabilisierung der Wirtschaft erfolgt sei, womit die Mark schließlich zum Billionstel ihres Wertes herabgedrückt wurde, so ist die Schwerindustrie heute die Wortführerin für die inflationistischen Projekte zur Schuldenabwertung geworden,

mit deren Hilfe sich die Ruhrmagnaten von der Verantwortung frei machen und den Zusammenbruch ihrer Kapitalmacht verhindern wollen.

Machthändler oder Kaufleute?

Sind denn, so muß man fragen, unsere finanzkapitalistischen und industriellen Monopolmagnaten überhaupt noch wirkliche Kaufleute? Die Fisk und Otto Wolff, die Böglers, Thyllen, Peitsch, Rosterg und auch die Silberberg, Duisberg und Schmitz (es sind wohl nur die verschiedenen Grade der politischen Klugheit hier wichtig), die Wassermann, Solmsien, Sobornheim und Reinhardt, die Schmidt und Fraenkel mit ihrer persönlichen Verfügungsmacht über Aktienpakete von Hunderten und Tausenden von Millionen,

sie sind doch in erster Linie Machthändler und nur noch zu diesem Zweck auch Kaufleute.

Staat, Gemeinwohl und Volkswirtschaft sind ihnen Heluba, denn Macht ist ihnen Selbstzweck.

Sie brauchen mehr ergebene als tüchtige Direktoren; und Diplomaten-Kartelle und Unternehmerorganisationen, in denen sie als „Wirtschaftsführer“ auftreten, sind ihnen Herrschaftsinstrumente, die ihre Macht nur mehr, niemals aber mindern dürfen. Sogndizi und Geschäftsführer dürfen ja nichts anderes sein als ihre treuen Diener, die gut bezahlt werden müssen und die vor dem Stirnrücken ihrer Herren zittern, weil sie so gut bezahlt werden.

In den Händen dieser Männer aber, die keine Kaufleute und wirklichen Führer der Volkswirtschaft sein können, liegt seit dem Kriege die wirtschaftliche Macht in Deutschland; ihr Wille hat jenes Drama deutscher Wirtschaftspolitik gestaltet, das wir aufgezeigt haben.

Dieses Drama aber muß eine Lösung finden, die kein Untergang ist. Die Macht in den Händen dieser Männer aber muß zu einem neuen Drama führen; denn sie kennen, Machthändler und nicht Kaufleute, die sie sind, keine Grenzen für die Verteidigung ihrer Macht; sie sind stur und opfern ihr alles. Ihre Entmachtung ist das Problem und die Aufgabe, die riesengroß noch hinter aller Banken- und Kartellkontrolle, Aktienrechtsreform und Reichsanstaltsreform stehen. Der demokratische Staat und die Arbeiterklasse werden diesen Aufgaben ihre ganze Kraft widmen müssen.

Endkampf bei Wifing.

Aufsichtsrat und Generaldirektor im Ruhestand.

Im weiteren Verlauf der Generalversammlung des Wifingkonzerns, über die wir bereits gestern berichtet haben, erklärte der Führer der Opposition, daß die Verwaltung das Vertrauen der Aktionäre schamlos enttäuscht habe. Wenn man andere Zementunternehmen zum Vergleich heranzöge, so erweise sich, wie halbes die Behauptung der Verwaltung sei, die Hauptschuld am Zusammenbruch der Krise zuzuschreiben. Eine derartige Katastrophe hätte sich gut vermeiden lassen. Die wahre Ursache des Zusammenbruchs sei in dem hemmungslosen Expansionsdrang der Verwaltung zu suchen, der in gar keinem Verhältnis zu den verfügbaren Mitteln des Unternehmens gestanden habe. Wenn man eine derartige Großanlage wie das neue Zementwerk Raumweg a. Rh. in Angriff nehme, so sei doch die erste Frage, ob zur Durchführung des Baues und Inbetriebnahme des Wertes überhaupt das notwendige Geld vorhanden war. Die Frage müsse sehr eingehend untersucht werden, ob die Verwaltung mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes vorgegangen sei.

Zum Schluß der Generalversammlung kam es bei den Abstimmungen noch zu dramatischen Zusammenstößen. Die Bilanz wurde mit allen gegen 18 000 Stimmen genehmigt, aber bei der Entlastung des Vorstandes stimmten Aktionäre mit 213 gegen 10,68 Millionen Mark Kapital gegen die Entlastung der Direktion. Nach eifriger Dauer der Generalversammlung wurde die Sanierung, die bekanntlich eine Zusammenlegung des Kapitals im Verhältnis von 5:1 von 20 auf 4 Millionen vorsieht, angenommen. Der Generaldirektor ten Hompel schied aus dem Vorstand aus, wobei die Frage noch ungeklärt bleibt, welche Abfindungssumme dieser „erfolgreiche“ Konzernleiter wegen des Nichtablaufes seines Vertrages von der Gesellschaft erhält, um auf seinen Lorbeeren sich mit Wohlbehagen ausruhen zu können. Der gesamte Aufsichtsrat, dessen erster Vorsitzender Herr Jakob Goldschmidt von der Danat-Bank war, hat gleichfalls seine Mandate niedergelegt.

Die steuerfreie Reichsbahnleihe 1931. Wie die Verwaltung der Deutschen Reichsbahn mitteilt, kann nach § 12 der zweiten Verordnung über die Steueramnestie der zur Erlangung der Amnestie erforderliche Nachweis, daß jemand bis zum Ablauf der Amnestiefrist Reichsbahnleihe erworben hat, nur durch eine besondere Bescheinigung geführt werden. — Zur Ausstellung dieser Bescheinigung sind auch inländische Rotare berechtigt. Zeichnet ein Rotar im eigenen Namen, aber im Auftrage eines Steuerpflichtigen Reichsbahnleihe, so wird die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft den Rotar aus der Zeichnung nur insoweit in Anspruch nehmen, als der von ihm Vertretene keinen Verpflichtungen nachkommt, auch wenn der Rotar bei der Zeichnung nicht zu erkennen gegeben hat, daß die Zeichnung für fremde Rechnung erfolgt. Nach den Berechnungen der Reichsbahn-Verwaltung stellt sich die tatsächliche Verzinsung der Anleihe trotz des niedrigen Zinsfußes von 4½ Prozent wegen der allgemeinen Steuerbefreiung sehr hoch. Schon bei einer Zeichnung von 100 000 Mark Reichsbahnleihe würde sich eine tatsächliche Verzinsung von annähernd 10½ Prozent ergeben.

Humboldt-Deutz legen Motorenwert Oberurjel still. Infolge der allgemeinen Wirtschaftskrisen und der dadurch bedingten Einschränkung der Produktion scheidet sich die Humboldt-Deutz-Motoren A.-G., Köln, genötigt, ihre Betriebe zusammenzuliegen und das Werk Oberurjel völlig stillzuliegen.



Staatl. Fachingen

Zu Hastrinkuren
 bei Gicht, Zucker-, Nieren-, Blasen-, Harnleiden, Arterienverkalkung, Frauenleiden, Magenleiden usw.
 Brunnenschriften durch das Fachinger Zentralbüro, Berlin 87 W 8, Wilhelmstraße 55

Erhältlich in Mineralwasserabfüllungen, Apotheken, Drogerien usw. sowie bei der Versandfirma der Staatlichen Fachingen und Maschinenfabrik, Berlin 87 W 8, Schöneberger Ufer 15a, Tel. (B 2) Lötze 8250-61

Ernst Hoferichter:

Wüstenfahrt im Viehwagen

Der Zugführer weiß nicht — wie weit dieser Zug fährt. Vierter Klasse haben wir ein. Tausend Kilometer kosten dreißig Mark. Im Waggon sitzen, liegen und hocken mit gekreuzten Beinen alle Stämme der Wüste, bunt und trauernd, wie eingefangene Papageien, durcheinander.

Lumpen, Fegen und die Gerüche hoffnungsloser Armut schließen um sie einen Kreis. Nie reist ein Europäer in Afrika dritter Klasse. Französische Arbeiter fahren zweiter.

Der Wagen hat sechsundvierzig Fenster, damit die gestockte Stallluft Gelegenheit findet, während der Fahrt auszufliegen.

Aus gestochenen Marktörben schauen die Mahlzotten der Muslimes. Zur Linken und zur Rechten weitet sich Steppe. Flüsse und Ströme verlaufen sich im Gestrüpp. Die Maschine pfeift die großen Herden vom Bahndamm weg.

Die Berge der Rifkablen steigen auf. Dörfer kleben wie Briefmarken an den Bänden. Aus den Tälern heben die Blumen des Frühlings ihre Köpfe und schauen nach überschneiten Gipfeln aus. Abwechselnd fällt Regen und Sonne vom Himmel.

Unwirklich schön springt ein Regenbogen aus dem Dampf der Erde. Im gleichen Bogen schießt ein Berber über unsere Köpfe Dattelkerne ab, wobei er die arabische Aufschrift „Nicht in den Wagen spucken!“ als Zielscheibe benützt.

Die Stationen sind mit Ukalyptus, Bettlern, Katzen und Malaria garniert. Zerfetzte Uniformen aus der Zeit der Kuffstände erinnern daran, daß hier um jede Fußbreite Boden Blut floß. Jetzt liegt der Boden ungebaut, und das Blut ist vergessen.

Gott sieht auf eine Welle weg — und so müssen Hunde mit heraushängenden Zugäpfeln und abgeschlagenen Beinen an die Waggonfenster hinaufklettern. Und das Stück Brot, das wir ihnen zuwerfen, wird ihnen von den Fellackendindern wieder aus dem Maul gerissen und von Menschen verpfeift, die auch am Hunger leiden.

Die Brauen läuft noch viele Kilometer wie Telegraphendraht am Bahndamm mit — und die Dornenfelder, die violett wie Altartücher aufleuchten, vermögen diese Bilder nicht einzuheden.

Ohne Steigung verlangsamt sich die Fahrt, damit die Sandwände nicht erschüttert werden und den Zug wie einen Wurm zu bedecken.

Zwei Soldaten der Wüstenkavallerie steigen ein. Im Scharlach ihrer Mäntel sehen sie wie Kardinal, die über das Elend ein Konzil abhalten. Sie sprechen über die Schönheitskönigin von Europa, und ihre Tageslohnung beträgt etliche Sous.

Salzseen, Geröll, Fels und Sand. . . Steinerne Aufrühr, plattgewälzte Dede. . . El Kantara, der Mund zur großen Wüste, ist durchstoßen. Nur verfehlt Odysseus dem Atlasgebirge einen Fußtritt — und frei liegt der Eingang zum Inferno des Sandes.

Um zu lachen, ist an den Anfang des Todes eine orgiastische Dase gelebt. Blau wedeln die Dattelpalmen. Wege und Bäche sind eins. Das Wachstum kommt hier ins Gedränge. Aus Platzmangel klettert die Königspalme an den Steilhängen der Schlucht hinab. Urmalvegetation und Raumnot kennzeichnen diese Paradiese der Wüste. Noch eine Schrittweite — und der ankunfende Sand duldet keinen Haalm mehr. . . Die Grenzen zwischen Leben und Sterben sind mit dem Lineal gezogen.

Von der Höhe herab herrschen das weiße, schwarze und rote Dorf. . . Und jetzt läuft der Sand über den Sand am Schienenweg entlang. Die Lokomotive hat den Staubflug aufgelegt.

Der Heizer klettert während der Fahrt von der Maschine zu unserem Waggon zurück, turnt sich wieder nach vorne, um den Ofen zu füttern, kommt noch schwärzer zurück und raft uns, in der nächsten Station auszufliegen. Denn hier werden Kinder verpackt, und wir könnten sie dudenweise mit nach Europa verschaffen. . . Vor Schreck ist mir der Name dieses Dries entfallen.

Zur Ablenkung rollen wir durch eine Wolke von Heuschrecken, die vom Riger decaus schwärmen.

Wenn sie auf den Boden niedergehen, hüpf die ganze Erde. . . Und da der Zug auf der Straße hält, springen sie zum offenen Fenster herein.

Jäh schnellen die Fahrgäste auf, eine wilde Jagd beginnt, Insekten und Menschen hüpfen durcheinander. . . Barmüße werden zu Schmetterlingsnetzen, der Inhalt der Waggon wächst zu einem weißen Anäuel an, der sich den Gang entlang wälzt. . .

Bis der Aufrühr verehbt, und fünf Krieger lächelnd in den Eden sitzen und ihre Beute lebendig als Lederbissen verpeifen.

Jeder Dritte-Klasse-Wagen hat ein abgeschlossenes Frauenabteil eingebaut — den Harem auf Reisen. Die Vorhänge sind zugezogen. Am Boden liegen Decken, Gobel, Säde und Kinder im wilden Chaos durcheinander. Die Wände kleben wie das Anwenndige einer Dattelschicht. Auf den Gesichtern der Kinder zappeln Insekten. Lebendige Fliegenfänger. . . Der Boden wird zur Rutschbahn, auf der die Entfernung zwischen Tür und Fenster in einem Schleichzug erledigt wird. Und der Waggon wird zum Stall. . .

Zuwelken kommen die Weiber wie landierte Datteln aus ihrem Verhau und betteln im Waggon nach Orangenschalen für die hungrigen Kinder.

Grün und verstaubt wie ein Sofa, das beim Reinemachen vergessen wurde, wächst aus dem Horizont ein Wald hervor. . . Draußen liegt die Station Bisra. An diesem Bahnhof könnte statt mondäner Bebewelt auch Kall und Gellügel verladen werden. Er gleicht einer Behältnisanstalt mit wenig Komfort — und so kein Zugwechsel wäre, würden die Reisenden der Luxusklasse diesen Gemütsstand übersehen — und an der berühmtesten Oase der Welt vorüberfahren.

Weiter. . . In der Sonne, an der hier der Quadratmeter Höchstpreis erzielt, wartet die Bahn mit Waggon, die weiß wie die Zähne auf Zahnpastenplakaten glänzen. Im Sommer, wenn in Bisra die Menschen vor Hitze nackt auf den Straßen und Dächern schlafen, fährt der Zug nur während der Nächte.

Stationen ohne Orte liegen in stundenlangen Fahrten von einander getrennt. Salzkrusten bedecken wie Reuschnee die unendlichen Weiten. Wüstenkraut wächst dazwischen als Bartstoppen hervor.

Die Sahara steht bis Mittag schlecht rasiert aus. . . Dann wehen und branden die großen Dünen.

Sand, Sand wird Weltinhalt und Sinn des Todes.

Die Sicht reicht wie auf Meer bis zur Rundung des Erdballs. Noch großen Kamele, wo auf hundert Kilometer Umkreis kein Haalm wächst.

Leben diese Tiere von Modellgeldern, die ihnen die Maler bezahlen, von denen sie als „Schiffe der Wüste“ auf Sofadeden verewigt werden? . . .

Mitten in der Dede steht ein arabisches Schulhaus.

Wo nimmt dieser Lehrer die Kinder her. . .? Oder lehrt er den Skorpionen und Hornspieren unterm Sande die Verse des Korans? . . .

In Sidi Rached steigt der „Mann ohne Adresse“ in unser Abteil; ich knipse das Innere des Waggon dritter Klasse, er sitzt im Vordergrund des Bildes, und ich verspreche ihm, das Photo nachzusenden.

Und wir bitten um seine Adresse. . . Er schüttelt traurig den Kopf. Wie Vogel ohne Wasser sitzt er da. . .

Er ist der Mensch ohne Adresse. Ungewiß war der Ort, von dem er kommt, ungewiß ist das Lager dieser Nacht — und ungewiß, ob er morgen gen Westen oder Osten zieht. Er kehrt auf keinen Punkt dieser Welt zurück, hat weder Feind noch Freund. . .

Hyperions Schlafaslehd sitzt stengemorden vor mir. Noch nie im Leben wurde er photographiert. Aber sein Komet will, daß er ohne Abbild durchs Leben geht — zu seinem Urbild zurück.

Tumult unter der Rotbremse. . .!

Dem Fakir, der vom Dattelmart Bisras heimfährt, sind die Skorpione und Giftschlangen ausgetommen!

Während er auf der Bank schlief, fielen die Teedüfchen um, in denen er seine Lieblinge verpackt hatte.

Die Tiere haben sich unter die Sitzgelegenheiten verkrochen. . .! Der Mann schreit vor Angst — ein Giftzahn oder ein Stachel könnte ihm verlorengehen.

Hände wischen unter die Röhren der Dampfheizung. Er fängt und zählt wie Geldstücke die Tiere in die Blechbüchsen zurück.

Eine Schlange fehlt. . .! Entweder ist sie unvorschriftsmäßig während der Fahrt abgelprungen oder hat sich als Reiseandenken in unsere Koffer geflüchtet. . .

Die Sonne fällt als Blutorange in den Westen. Und an die östlichen Fenster treten die Muslimes.

Turbans verbeugen sich gegen die heilige Kaaba Mekkas. Bisher erkönte vom Nebenabteil seit Mittag Trommeln und Gequieße einer Bambusflöte.

Jäh bricht die Tanzmusik ab. . . Salaghit, die einfüng wogende Melodie hebt an, seht sich von Fenster zu Fenster fort, springt zum andern Waggon über, berührt Heizer und Lokomotivführer — und wenn plötzlich die Eisenbahn zum Schiff würde, läge sie leicht übergeneigt nach einer Seite, bis zum Deck am Wasser. . .

Köpfe wiegen sich nach rechts und links. . .

„Alahu akbar. . . Alahu. . . akbar. . . akshadu an la ilaha illa—hah. . .“

Nach dem Gesang verzieht sich eine Gruppe wieder ins WC, um dort weiter die Wasserspülung Europas zu studieren.

Aus dem Dämmern steigen die Minarete von Touggourt. Unser Zug rollt in die Endstation der Saharabahn ein.

Schienen und Telegraphendrähte gehen zu Ende. Und führen nur noch als unendliche Gedankenstriche in die Sandmeere weiter.

Auto und Karawane übernehmen die Ladung der Waggon und bringen Kasten und Menschen über den Hoggar, durch die Täler des Durstes und Entsehens — an die Flüsse und Urmälder Zentralafrikas. . .

Bogen und Brandung von Sand rahmen Ankunft, Bahnhof und die Suche nach einem Nachtlager ein.

Ein Händler, mit dem Barte des Propheten umwachsen, will uns das Fell eines Wüstenfuchses für eine Mark sechzig verkaufen. Aber das Geld muß zum Kauf von Trintwasser gepart werden. Wir sind am Ende der Zivilisation. . .

Beim Auspacken suchen wir zuerst nach der Schlange des Fakirs. Vielleicht liegt sie noch im Waggon über der Dampfheizung, die ihren Leib kühlt.

Wie wir fahren, so schlafen wir. . . Zu Dritt sehter Klasse auf einem Eisengestell von Bett. Die nächste elektrische Birne brennt viele Meilen weit im Norden.

Der Wüstenmond hängt halbzeitig und waagrecht als Koffer-schale zwischen den Sternen herum — und seift uns Sand in Augen und Schlaf — —

Erna Büsing: Zauberer-Gepäck

„Am Gepäc erkennt man den Reisenden,“ das ist das oft nachgeprüfte Wahrwort aller Konsulate. Man sagte es, bevor die Proghotels die Pfalttermethode eingeführt hatten. Doch lassen auch die bespalteten Koffer, die vom Besitzer den lieben Mitmenschen immer auf oder vor die Füße gestellt werden, auf den Reisenden schließen. Gehört er doch entweder zu den kleinen Nöchtgerns oder zu den Leuten entschwindenden Kredits.

Doch gibt es Reisende, die nahezu Skaven ihres Gepäcs sind. Dazu gehören die Artisten, denen falsch verladenes oder beschädigtes Gepäc für Tage oder Monate in wirtschaftlicher Hinsicht den Lebenssaden abschneiden kann. Von allen Artisten jedoch hat der Zauberer das interessanteste und geheimnisvollste Gepäc.

Sandy-Bandy schleppt z. B. für ein Varietengagement einen Eisenbahnwagen voll Gepäc mit. Der Künstler selbst stammt aus Kgypten, einem Lande, in dem noch heute das Volk einen guten Zauberer mit inniger Anteilnahme bewundert. Sandy-Bandy ist ein Zauberer, der seinen Beruf mit fanatischer Hingabe ausübt. Er ist ein Mitglied der bekannnten Zeitungserlegerfamilie Raforius. Während seine Brüder auf den Redaktionsbänken sitzen und die Welt zu sich kommen lassen, indem sie viele illustrierte Artikel in die Gezeire geben, an deren Tiefdruckmaschinen Deutsche stehen, geht er in die Welt hinaus und zaubert.

Ein großes Vermögen steck in seiner Kummer und in jeder einzelnen Wulst. Es gibt eben keine Zauberer und keine Hegerer, es gibt nur ungläublich geschickte und geschwinde Menschen, die mit einem sich dienstbar gemachten Material vorzüglich umzugehen verstehen. Jede Illusion muß von dem Zauberer selbst ausgedacht und hernach im Verein mit Tischler, Mechaniker, Maler usw. ausgearbeitet werden. Oft dauert es recht lange, bis eine Illusion publikumtreif ist. So mußte beispielsweise der „Sarg einer Mumie“ fünfmal umgearbeitet werden. Auf Wülmeter genau muß alles berechnet sein. Trotzdem ist gegebenenfalls die ganze Illusion wieder zunichte, wenn sie mal hart nach dem Bahnhof gerollt wird. Darum sind die Apparate für jede Illusion in zweifacher Ausführung vorhanden. Die Koffer sind viel, viel schwerer als die Gegenstände, die hineinkommen; denn die Koffer sind nicht nur außen verzinkt und innen ganz und gar mit Filzeinlagen versehen, sie haben auch noch die eigenartigsten Polsterungen, damit sich nichts verbiegen kann und selbst das dünnste Holz nicht splittert. Ueber diese Vor-sichsmaßnahmen hinaus hat noch jeder Schrant und jeder Tisch, der gebraucht wird, ein Reservebein. Das ist unbedingt nötig, hat doch der Zauberer fast jeden Tag eine Reparatur.

Neben den verschiedensten Apparaten spielt das lebende Tier eine Rolle. Es sind oft besondere Umstände, die es zum Gefährten eines Zauberers machen. Kommt z. B. ein Bühnenarbeiter zu Frau Nadia-Radyr und sagt: „Madame, diese Tauben habe ich selbst gezogen, sie sind liebe, zahme Tiere und wo sie ist, ist er auch. Sie brauchen nur das Frauchen irgendwo hinzusetzen, sofort steigt das Männchen ihm nach.“ Die Behauptung wird geprüft, sie stimmt. Im selben Augenblick wird das Taubenpaar gekauft und es zieht mit durch die ganze Welt, bis an irgendeiner Landesgrenze Geflügelquarantäne ist und die Tauben schweren Herzens zurückgelassen werden müssen. Mag dann das Engagement noch so glänzend verlaufen, ein Schatten steht über ihm durch das Bewußtsein, „die Tauben wurden im Stich gelassen“.

Oktober . . .

Erüberhangen liegt die Welt,
Und wir fröstein schon verstoßen
Wenn der erste Nebel fällt —
Hätten wir jetzt Seid zu Kohlen —!
Buntbebildert steht der Wald,
Seins welken Blätter knistern
Und die Bäume, klug und alt,
Sangen seltsam an zu flüstern . . .
Arbeitslose, leergebrannt,
Stieren, warten und vergeßen,
Daß sie einst in diesem Land
Arbeit, Brot und Lohn besessen —!
Herbststurm, den die Not entfacht — —
Halten wir die Herzen offen —
In dem Dunkel unster Nacht
Laßt uns kämpfen, laßt uns hoffen . . .

Im allgemeinen wird bei den Zollbehörden der verschiedensten Länder das Kistengepäck schnell und reibungslos abgefertigt, wenn auch hin und wieder ausgerechnet beim Zauberkünstler ein Beamter besonders mißtrauisch ist und jeden Koffer ausräumt und jedes Brett genau betrachtet.

Der Artist arbeitet nach Möglichkeit immer nach der gleichen Musikbegleitung. Um sich mit den Kapellen, trotz Sprachschwierigkeiten, schnell zu verständigen, ist diese Musikbegleitung auf Grammophonplatten festgehalten. Ihnen wird der Eintritt in Länder, die eine Diktatur haben, ziemlich erschwert. In solchen Ländern ist man nämlich mißtrauisch und beschränkt immer, es könnte ein Freiheitslied erklingen oder die Melodie eines Freiheitsliedes verwendet worden sein. Darum muß Platte nach Platte abgeprüft werden, selbst wenn dadurch der Aufenthalt eines Artisten verlängert wird. Ist die Verzögerung mit dem ersten Auftritt in keinen Einklang zu bringen, werden die Platten nach sorgfältigster Prüfung dem Besitzer nachgeschickt.

Aus solchen Vorkommnissen, die fast Naturereignissen gleichkommen, sind schwer Lehren zu ziehen. Anders ist es hingegen, wenn auf der Bühne selbst eine unangenehme Situation entsteht. Ist doch einmal der echt orientalische Pranger wesentlich vergrößert worden, weil ein etwas angefaulter Herr aus dem Publikum, der sich dem Zauberer zur Verfügung stellte, mit dem Kopf nicht so schnell aus dem Pranger wieder herauszubekommen war, was das unbedingt erforderlich ist. Bewußter Herr, der in der Stadt allgemein bekannt war und wegen seiner Geschäftstüchtigkeit gerade nicht im besten Ruf stand, wurde nun in den Pranger gesperrt, bis der Vorhang fiel. Dieser Vorgang wurde zum Logesgespräch, und jeder Schadenfrohe Mensch wollte den piffigen Zauberer sehen.

Wenn nun auch der Pranger nicht mal nicht klappte, klappt sonst beim Zauberer alles, selbst wenn zwischen dem letzten Auftritt in der Stadt K. und dem ersten Auftritten in der Stadt P. nur 24 Stunden bei einer 18stündigen Bahnfahrt liegen.

Bewahrer der Berge

Wer hat nicht schon im Hochgebirge im Anblick der wunderbaren Blumenmatten geschweigt, die zwischen Alpenrosengebüsch und Knieholz hoch hinauf züngeln im Steingeröll unter Felswänden! Es ist vielleicht das schönste Naturbild, das die Berge überhaupt bieten. Denn trotz aller Kletterfreunde und Gipfelselbstläufer tauscht man sich nicht darüber: ganz oben sind die Berge ebenförmig am schönsten wie von ganz unten aus gesehen. Das eigentliche Zauberbild entfaltet sich etwa im zweiten Drittel ihrer Höhe. Dort, wo des Waldes grüne Halle sich von selbst in einen Park verwandelt mit nur einzelnen Baumgruppen und natürlichen weiten Bergwiesen, wo duftend die Bergkräuter den bunten Teppich spannen und Sonntagsstille sich aufstaut, daß man meint, das Rauseln der Blühdäde zu hören, die in unbeschreiblicher Klarheit selbst die fernsten Bergeshäupter umspielen.

Dort oben, wo die Alpenrosen wie feierliche Lichter brennen, findet ein stiller, aber unbeschreiblich erbitterter Kampf auf Leben und Tod statt, in dem das Leben ununterbrochen aufs neue siegt.

Die großen Felsgipfel werfen jeden Morgen neue Lasten von verwittertem Schutt ab. Keine Wand ist im Gebirge, die nicht umsämt wäre von einem Band der Gerölle, die in spitzem Winkel hoch an ihr hinaufsteigen. Keine aber auch, an der nicht weich und lebensfröh das Grün der Alpenblühe, der Gräser und Schutzpflanzen mit tausend und aber tausend Wurzelarmen und Zweigen sich um Steinchen und Grus lötsingen würde und so den talab wandernden Berg zurückhält auf seinem Wege der Selbstzerstörung.

Eine Steinmure geht heute mit Erdbedenzittern ab. Es ist, als ob der Berg selbst wankte. Dann aber breitet sich doch wieder die große Stille aus, und auf die Schreckensminute folgen Jahrzehnte der Wiedergutmachung. Im Walde wurde die Lamine aufgefangen. Tausend Keste mag sie getnickt und hundert lebensfrohe Bäume zerstört haben, der hundertste aber hat sie aufgehalten und der Wald hat ihr sein Schweigen geboten: Bleibe! Dann hat er sie begraben. Und von ihm bis zur Felswand, überall, wo der steinerne Leib des Berges offen lag, da sind heilend und mild die Wunden mit Blättern und Blumen zugeheilt worden. Zwanzig Jahre später ist der Felsenhang völlig übergrünt und vor weiterem Abrutschen gesichert. Der Zerfall des Berges ist aufgehalten.

Die Alpenmatten und der Bergwald sind nämlich die Bewahrer der Berge, wenn die Luft der Regen und die Sonne ihre Zerfänger sind. Was das eine verschuldet, das macht das andere wieder gut. So sonderbar, eingerichtet ist die Welt. Ein Lufthauch vernichtet für die Ewigkeit gefügte Mauern, und ein langes Blumenblatt gebietet der Zerföhrung Einhalt und heilt die Wunden der Welt.

Dr. R. H. Francö.

Legen Sie Ihr Vermögen in steuerfreier Reichsbahnanleihe 1931 an!

Sie schaffen damit Arbeit und Brot für die Arbeitslosen und sichern gleichzeitig ihr Kapital

Der aus der Anleihe sich ergebende Betrag soll in erster Linie der Schaffung von neuen Arbeitsmöglichkeiten durch Vergebung von Aufträgen seitens der Reichsbahn dienen. Durch die sich hierdurch für die Reichsbahn ergebende Möglichkeit, Arbeitslose wieder in den Wirtschaftsprozess einzugliedern, schaltet sich die Reichsbahn-Anleihe in das Gesamtprogramm der Reichsregierung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ein.

Dadurch, daß Kapital und Zinsen der Anleihe auf Feingold lauten, sind Sie sicher vor Entwertung; Währungsschwankungen, fallende Kurse und zusammenbrechende Unternehmen in allen Ländern bereiten Ihnen keine Verluste mehr.

Ihr in Reichsbahn-Anleihe angelegtes Vermögen ist von allen Steuern befreit, nämlich:

1. hinsichtlich der Anleihebeträge von:

- a) der Vermögenssteuer
- b) der Aufbringungsumlagen
- c) der Erbschafts- und Schenkungssteuer
- d) der Gewerbesteuer
- e) der Kirchensteuer

2. hinsichtlich der Zinsen von:

- a) der Einkommensteuer nebst Zuschlägen
 - b) der Körperschaftsteuer
 - c) der Krisensteuer
 - d) der Gewerbeertragsteuer
 - e) der Kirchensteuer
 - f) der Bürgersteuer
- dazu auch von der Wertpapiersteuer.

Selbst versäumte Steuerzahlungen werden Ihnen bei rechtzeitiger Zeichnung erlassen, ohne daß eine Bestrafung oder Nachzahlung droht. Öffentliche Zeichnung ist nicht erforderlich; Sie können die Anleihe auch durch einen Notar zeichnen und sich sodann von diesem die Amnestiebescheinigung ausstellen lassen.

Die Reichsbahn-Anleihe 1931 ist frei von Schenkungssteuer

Sichern Sie sich die Möglichkeit zu unbesteuerter Schenkung

Wer bis zum 15. Oktober einschließlich zeichnet, schafft sich für etwaige Unstimmigkeiten in der Steuererklärung eine Deckung.

Im übrigen läuft die Zeichnungsfrist bis zum 31. Dezember 1931.

Die Frist für die Einzahlung der ersten 10 prozentigen Rate auf die gezeichneten Stücke ist in Abänderung des Prospekts vom Zeichnungstag auf den 5. Januar 1932 verlegt worden, um dem Zeichner die Geldbeschaffung für den Anleiherwerb zu erleichtern.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats Theater

Mittwoch, den 14. Oktober

Staatsoper
Unter den Linden
20 Uhr
Der fliegende Holländer

Staatsoper
am Platz der Republik
20 Uhr
Madame Butterfly

Stadt-Schauspielhaus
Gendarmenmarkt
20 Uhr
Die natürliche Tochter

Schiller-Theater
Charlottenburg
20 Uhr
Die Heirat

Winter Garten

8.15 Uhr Flora 3434 Raschen erzieht
Nicholls, Maria Ney, Napoli,
Handy - Bandy, Bissi & Remo,
Walter Carlos zeigt Rumba,
2 Albertos usw.

LICHTBURG

Berlin - Gesundbrunnen

Ab Dienstag, 13. Okt. bis Montag, 19. Okt.

Eine Festwoche in der Lichtburg!

BÜHNE:
Lichtburg-Orchester u. Ltg. v. P. Hensel

Gastspiel des unübertrefflichen Meisters des Taktstocks u. der Geige

ALEX-HYDE
mit sein. 10 Musikal-Ladies
im Programm s. s.: „1812“ v. Tchaikowsky unter
Mitwirkung des verstärkten Lichtburg-Orchesters

ALEX-HYDE
kann anderweitiger Verpflichtung
wegen nur 7 Tage in der Lichtburg
gastieren.

FILMTEIL

Der letzte große Erfolg im Capitol
Hans Adalbert v. Schietow
Daniela Parola in

Mitternachts-Liebe

Beiprogramm mit „Fox tönender
Wochenschau“

Beginn der Vorstellungen:
Wochentags 4, 5¹⁵ u. 8¹⁵ Uhr, Sonntag
3, 5¹⁵, 8¹⁵ Uhr. Preise der Plätze:
im Parkett und Rang 0,80 bis 1,50 M.
Balkon und Logen 2,00 M., 2,50 M.
Sonntag 3 Uhr Einheitspreis, Parkett
u. Rang 80 Pf., Balkon u. Loge 1,20 M.
Vorverkauf ab 12 Uhr ununterbrochen
17 Tage voraus. Tel. Humboldt 1636-37

SCALA

Tägl. 5 u. 8¹⁵ Uhr
Bernard Etlé
Grace du Faye
Mooser José
Austel & Arthur
4 Bronetts usw.
Paul Nikolaus
konferiert.

Theater des Westens
Heute 5 u. 8¹⁵
zum letzten Male:
**Viktoria
und ihr Husar**
Ab Donnerstag
Dreimäderhaus
mit Maria Paudler
Preise v. M. 0,50 an

Berliner Ulk-Trio
Neukölln, Lahnstr. 74/75/1

Volksbühne E. V. — Theater am Bülowplatz

Sonntag, den 18. Oktober, vormittags 11¹⁵ Uhr

Joseph Plaut

Allerlei Heiteres, u. a.: Das Varieté, Tannhäuser als Kurzoper
Am Flügel: Hermann Hoppe

Loskarten f. Mitglieder d. Volksbühne 0,80 M. f. d. Verkaufsstellen der Volksbühne E. V., Platzkarten, auch für Nichtmitglieder, 1.—, 2.— und 3.— M. bei Wertheim, Tietz, Karstadt, Dote & Bock, sowie an d. Theaterkasse (10—2 Uhr).

GROSSES TÄGLICH

SCHAUSPIELH. 8 UHR

REGIE: **Im weißen Rößl** CHARELL

DER WELTERFOLG!

Sonntag nachmittag 3 Uhr billige Preise

Reichshallen-Theater

Abereds 8 Uhr, Sonntag nachmittag 3¹⁵ Uhr

Das neue Programm
der
Stettiner
Die 3 Komiker
ritzen
rauer
Bornemann

Nachmittags ermäßigte Preise.

8¹⁵ Uhr **CASINO-THEATER** 8¹⁵ Uhr
Lothringer Straße 37.

Neu! Sie lachen Tränen Neu!

über die tolle Posse
Dodo, das öffentliche Aergernis

Dazu das neue bunte Progr. I
Gutschein 1-4 Personen.
Parkett nur 30 Pf.

Fauteuil 1.— Mark, Sessel 1,50 Mark

Theater im Admiralspalast

Täglich 8¹⁵ Uhr
Die Dunbarry
mit
Gitta Alpar

Preise v. 0,50 M. an

Planetarium
Tägl. außer Montags
3 und 9 Uhr
Maha-Film
3 und 7 Uhr
Simba-Film

u. astronom. Vortrag

HAUS VATERLAND

Das Vergnügungs-Restaurant Berlins

BETRIEB KEMPIŃSKI

Besonders *wirksam sind die Kleinen Anzeigen in der Gesamt-Auflage des Vorwärts und trotzdem*

ROSE-THEATER

Heute 6 und 9 Uhr: **Premiere**
unter persönlicher Leitung des Komponisten
„Frühling im Wiener Wald“
Singspiel von Dr. Leo Ascher.

Große Frankfurter Straße 132
Vorverkauf: Täglich 11—1 und 3—9 U. E. 7, 3472.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz
8 Uhr
Kampf um Kitsch
Ab 16. Oktober
8 Uhr täglich
Das vierle Gebot

Schiller-Theater
8 Uhr
Die Heirat

Komische Oper
8¹⁵ Uhr
Thron zu vergeben
Operette v. Neidhart
Musik v. Wittmann
Leuz, Elster, Lillien,
Preise: 0,50—7.— M.

Zentral-Theater
Alte Jakobstr. 30-32
Täglich 8¹⁵ Uhr
Schwarzwalddmädel
Christ Mann, Harry Lind

Metropol-Theater
Täglich 8¹⁵ Uhr
Sonntags 4 u. 8¹⁵ Uhr
Die Blume von Hawaii
Operette v. Abraham
Preise 0,50—14,50

Deutsche Verkehrs-Kredit-Bank Aktiengesellschaft BERLIN

Bilanz vom 30. Juni 1931

Aktiva.		RM
1. Kasse, fremde Geldsorten und Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken	3 481 427,82	
2. Guthaben bei Banken und Bankiers	164 067 805,94	
3. Wertpapiere	63 906 032,94	
4. Wechsel und Scheckanweisungen	172 047 609,79	
5. Einrichtung	1,—	
6. Schuldner:		
a) gedeckte	44 818 951,73	
b) ungedeckte	19 170 265,77	63 989 217,50
7. Grundstücke	600 000,—	
	467 192 214,99	
Passiva.		RM
1. Aktienkapital	4 000 000,—	
2. Ordentliche Rücklagen	1 400 000,—	
3. Delkreder-Rücklage für Frachtstandungen	2 800 000,—	
4. Beantw.-Unterstützungsfonds	300 000,—	
5. Gläubiger	388 777 040,90	
6. Akzeptierte	60 000 000,—	
7. Übergangsposten und noch einzulösende Schecks	8 579 158,09	
8. Gewinn- und Verlustrechnung	836 016,—	
	467 192 214,99	

Gewinn- und Verlustrechnung

Debet.		RM
1. Handlungsunkosten-Konto	2 312 994,40	
2. Reingewinn	836 016,—	
	3 349 010,40	
Kredit.		RM
1. Vortrag 1929/30	187 145,—	
2. Frachtstandungskonto	889 593,09	
3. Zinsen-Konto	1 824 188,29	
4. Provisions-Konto	448 100,72	
	3 349 010,40	

Die Generalversammlung vom 12. Oktober 1931 genehmigte vorstehende Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung und beschloß, für das Geschäftsjahr 1930/31 eine Dividende von 9% auszuschütten. Die fälligen Gewinnanteile gelangen auf Gewinnanteilscheine Nr. 5 außer an der Kasse unserer Hauptniederlassung in Berlin und an den Kassen unserer sämtlichen Zweigniederlassungen noch bei folgenden Banken zur Einlösung:

S. Bleichröder, Berlin,
Bayerische Hypotheken- und Wechselbank, München,
Bayerische Vereinsbank, München,
Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft, Berlin,
Darmstädter u. Nationalbank Kommanditges. s. Akt., Berlin,
Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Berlin,
Dresdner Bank, Berlin,
Mendelssohn & Co., Berlin,
Reichs-Kredit-Gesellschaft Aktiengesellschaft, Berlin.

Deutsche Verkehrs-Kredit-Bank Aktiengesellschaft
Der Vorstand
Berlin, den 12. Oktober 1931.

für alle Empfänger von Arbeitslosenunterstützung, Krifenunterstützung und Wohlfahrtsunterstützung, und zwar für die Zeit vom 1. November 1931 bis zum 31. März 1932. Sie besteht in der Belieferung mit Kartoffeln und Kohle.

2 Die Naturalhilfe darf nicht zu einer Minderung der Geldunterstützung führen.

3 Die Naturalhilfe soll umfassen: a) Kartoffeln, 1,5 Zentner pro Kopf der zum Haushalt des Unterstützungsberechtigten gehörenden Personen, b) Kohle, 20 Zentner für jeden unterstützungsberechtigten Haushalt.

4 Die Kohlenhändler sind zu verpflichten, die Kohlen zu Preisen zu liefern, die nicht über dem Durchschnitt der jeweiligen Exporterlöse liegen.

5 Die Beschaffung von Kartoffeln soll in der Weise erfolgen, daß der Kartoffelmarkt entlastet wird und die Verluste bei der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein möglichst verringert werden.

Einen Wall gegen Lohnabbau und Zerstückelung des Tarifsystems will der

Antrag zum Tarifrecht

aufzurichten. Er verlangt von der Reichsregierung,

„alle Pläne und Forderungen auf Beseitigung oder Ausbühnung des Tarifrechts abzulehnen; besonders sind die Angriffe auf die Unabdingbarkeit des Tarifrechts abzuwehren.“

Besonders wichtig ist auch der Antrag zur entscheidenden Aenderung der Bestimmungen der Notverordnung über die Einschränkung von Ausgaben der öffentlichen Verwaltung. Auf Grund dieser Vorschrift könnte die Reichsregierung ohne den Reichstag, ja sogar ohne Notverordnung durch einfachen Verwaltungsakt die Leistungen sämtlicher Sozialversicherungen herabsetzen. Ebenso könnten die Landesregierungen ihren Gemeinden vorschreiben, was sie für Ausgaben zu machen haben, und auf diese Weise besonders die Senkung der Wohlfahrtsunterstützung erzwingen. Die Sozialdemokratie verlangt daher die glatte Streichung dieser Bestimmungen.

Eine weitere Gruppe von Reformvorschlägen betrifft wirtschaftspolitische Forderungen.

Wirtschaftsbeirat beim Reichskabinett.

Hindenburg will den Vorsitz führen.

Wie schon mitgeteilt, beabsichtigt der Reichskanzler Dr. Brüning, einen Wirtschaftsbeirat zu berufen, der der Regierung als sachverständiger Berater in Wirtschaftsfragen, besonders bei Aufstellung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms, zur Seite stehen soll. Dem Beirat sollen auch Vertreter der Arbeitnehmer angehören.

Der Reichspräsident hat nun gestern in einem Schreiben dem Reichskanzler mitgeteilt, daß er bereit sei, in den Beratungen dieses Beirats, dessen Mitgliederzahl sich in engen Grenzen halten müsse, persönlich den Vorsitz zu führen, wenigstens bei den Erörterungen über allgemeine grundlegende Fragen.

Mandschurei-Konflikt und Völkerbund.

Briand voller Zuversicht.

Genf, 13. Oktober. (Eigenbericht.)

In der Nachmittagsitzung verfuhr der Botschafter Yoshizawa-Japan den Völkerbundsrat durch Verlesung einer Note seiner Regierung und hinzugefügte Ausführungen den Rat von den durchaus friedlichen und rechtschaffenen Absichten Japans, von der Lebenswichtigkeit seines Interesses an und in der Mandschurei, von der Schuld der antijapanischen Bewegung in China an dem Konflikt und von der japanischen Bereitwilligkeit zu übergeben, „Politik der offenen Tür“ in der ihm gar nicht gehörenden Mandschurei zu treiben.

Dem setzte Sze-China nochmals die Tatsachen entgegen. Seine Rede wurde unter tiefstem Schweigen dramatisch, als er mitteilte, daß

während der Vormittagsitzung des Rates wieder zwei chinesische Städte über 100 Kilometer westlich von Mukden von japanischen Kriegsflyern bombardiert und aus Maschinengewehren beschossen worden

sind. Direkte Verhandlungen könnten nicht erfolgen, solange japanische Truppen im Lande stehen, da sonst von China alles erzwungen würde. Yoshizawa habe in keinem geschichtlichen Rückblick nicht die in direkten Verhandlungen 1915 von China erpreßten 21 Bedingungen erwähnt.

Der englische Außenminister Lord Reading wünschte, daß Yoshizawa sich Nachrichten über diese neuen Bombardements verschaffe und dem Rat mitteile. Dann stellte Briand eine Art zuverlässige Synthese her. Beide Parteien hätten keine Hintergedanken. Japan wolle räumen noch erlangter Sicherheit und China wolle keine Vergeltung. So werde hoffentlich dieser schwere Konflikt nicht zur Katastrophe führen.

Der Rat stehe vor einer höchsten Verpflichtung und er werde sie erfüllen, sobald er genügend klar sehen könne.

Voraussetzung für jede tragbare Regelung sei das gleiche Vertrauen beider Parteien in den Völkerbund. Deshalb müsse der Rat die Versicherung haben, daß bis zur Lösung die Lage nicht verschärft werde durch neue Ereignisse. Die nicht wieder gutzumachenden Dinge würden nicht halt machen bei China und Japan, sondern die ganze Welt ergreifen, und in welchem Augenblick? In welchem Abschnitt der Geschichte sei es möglich gewesen, daß zwei Mächte in gespannten Beziehungen an einem Tisch die Meinungen ihrer Regierungen darlegen konnten. Der Rat werde sich seiner Verantwortung nicht entziehen.

Briand vertagte darauf die Sitzung. Die Verhandlungen werden fortgesetzt, wenn die geheimen Verhandlungen zu einem Ergebnis geführt haben.

Diese geheimen Verhandlungen gestalten sich äußerst schwierig. Die japanische Regierung verfuhr dem Militär zu steuern, doch fürchte sie eine Militärrévolution unter Beteiligung weitester Volkskreise, wenn sie in der mandschurischen Frage irgendwie nachgibt. Sie ist eher bereit, China anderswo eine gewisse Kompensation zu bieten. China dagegen leistet festen Widerstand, da es die Mandschurei für verloren ansieht, wenn es ihm nicht gelingt, mit Hilfe des Völkerbundes die Japaner zurückzudrängen.

Versuch direkter Verhandlungen.

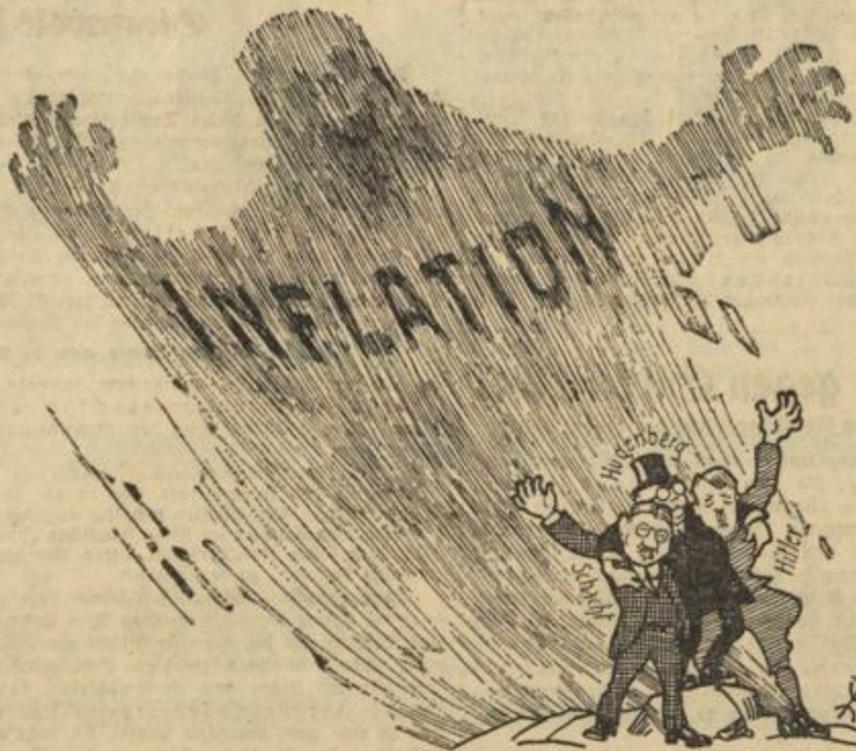
Tokio über Paris, 13. Oktober. (Eigenbericht.)

Der japanische Außenminister und der chinesische Gesandte haben versucht, direkte Verhandlungen über die Regelung des Mandschurei-Konfliktes einzuleiten. Ob mit Erfolg oder nicht, ist noch zweifelhaft.

Dr. Trautmann, der neue deutsche Gesandte in China hat Marjall Tschiangkai-schek sein Beglaubigungsschreiben überreicht.

Spanien ohne Staatsreligion. Die Kammer hat mit 267 gegen 41 Stimmen den Verfassungsartikel 3 derabschiedet. Er lautet: Es gibt keine offizielle Staatsreligion.

Das Brodengespenst



wurde am 11. Oktober in Harzburg besonders schön beobachtet.

Große Anfragen im Landtag.

Misstrauensanträge gegen die Regierung.

Auch der Preussische Landtag trat am Dienstag zu seiner ersten Sitzung nach der Sommerpause wieder zusammen. An Stelle des schwer erkrankten Präsidenten Bartels (Soz.) eröffnete Vizepräsident Dr. von Arles (Dnat.) die Sitzung mit einem Nachruf auf die inzwischen verstorbenen Abgg. Brückner (Soz.) und Gieseler (Dnat.). Der Vizepräsident hob besonders die verdienstvolle Tätigkeit des Abg. Brückner als Vorsitzender des Rechtsausschusses hervor. Das Haus hörte den Nachruf stehend an; die Kommunisten beteiligten sich nicht an der Trauertun-gebung. Eingetretten in den Landtag sind an Stelle der Verstorbenen Redakteur Wegener-Rottbus (Soz.) und Ködder, der sich den Christlich-Sozialen angeschlossen hat.

Der Vizepräsident gibt hierauf dem Haupte Kenntnis von der Mandatsniederlegung des Abg. von Epner (D.Vp.), der zugleich Vizepräsident war. Er verliest im Anschluß hieran ein offizielles Schreiben des Ministerpräsidenten, das den Rücktritt des Finanzministers Dr. Hopfer-Wschoff von seinem Amte mitteilt.

Der Landtag erledigt zuerst eine Reihe kleinerer Vorlagen. Hierauf beginnt die

große politische Aussprache über die eingebrachten Misstrauensanträge gegen das Gesamtkabinett.

Zußerdem haben die Kommunisten noch Misstrauensanträge gegen den Kultus- und den Innenminister eingebracht. Gleichzeitig steht zur Verhandlung eine ganze Anzahl von Anträgen und großen Anfragen verschiedener Parteien über das Verhalten der Polizei, Terrorakte radikaler Verbände, Rednerdote und Beschränkung der Pressefreiheit, die geplante Reichsreform und die eingeleiteten Sparmaßnahmen.

Eine sozialdemokratische große Anfrage verlangt von der Regierung Aufklärung über pflichtwidriges Verhalten der Polizeibehörden im Regierungsbezirk Breslau anlässlich von Stahlhelmsmärschen und nationalsozialistischen Demonstrationen.

Zur Begründung des deutschnationalen Misstrauensantrages nimmt das Wort

Abg. Steinhoff (Dnat.), der einleitend und unter ironischem Gesächter der Linken an eine Redewendung Schachts auf der Harzburger Tagung der nationalen Opposition anknüpft, daß den Schaffenden das Herrschen eine bittere Pflicht, den Rassenden aber eine süß gewordene Gewohnheit sei. Seit dem System Braun herrsche in Preußen die Parteidoctrin einer marxistischen Koalition. Es handele sich um den Bestand Preußens. Trotz wiederholter Erklärung des Zentrums, daß es einer Auffassung Preußens durch das Reich nicht zustimmen werde, hätten keine Freunde ernste Sorgen. Der Hauptstoß gegen Preußen sei von dem jetzt ausgeschiedenen Finanzminister Hopfer-Wschoff geführt worden. Die von seiner Fraktion geforderte frühere Einberufung des Landtags sei verfassungswidrig abgelehnt worden. Es sei deswegen Abge beim Staatsgerichtshof erhoben. Er hoffe, daß die Reuwahl nicht im Frühjahr 1932, sondern zu einem früheren

Zeitpunkt, den die Harzburger nationale Opposition bestimmen werde,

stattfinde. Nur eine Staatsregierung, die Recht und Gerechtigkeit über Staatsräson und Parteidoctrin stelle, könne die schwere Verantwortung des Reiches übernehmen. Deshalb fordere er in Anlehnung an die Harzburger nationale Opposition den sofortigen Rücktritt der Regierung und Auflösung des Landtags.

Abg. Kasper (Komm.) begründet die kommunistischen Misstrauensanträge. Die Lage für den Kapitalismus sei eine katastrophale. Brüning laufe wie ein Bettler von Land zu Land, um Ketter aus dem Zusammenbruch zu luchen. Die Regierung Braun-Severing in Preußen sei die letzte Stütze dieser bankrotten Reichsregierung. Die Regierung betrüge das Volk über den wahren Stand des wirtschaftlichen Niederschlages. (Ordnungsruuf!) Die Sozialdemokratie sei der Schrittmacher der Militärdiktatur. Die preussische Notverordnung sei ein Verfassungsbruch. (Ordnungsruuf!) Die preussische Polizei achte gegen Arbeiter vor und dulde die Mordtaten faschistischer Organisationen. Fast alle kommunistischen Zeitungen seien verboten. Dagegen würden die Kommunisten eine illegale Presse schaffen. Die Sedewitz-Gruppe sei deswegen gefährlich, weil sie die klare Frontstellung verwische. (Beifall und Handklatzchen bei den Komm.)

Abg. Winyer (Soz.)

begründet die sozialdemokratische große Anfrage: Seit die Nationalsozialisten auf der politischen Bühne erschienen sind, vergeht kein Tag, an dem nicht Rohheitsdelikte, begangen von Mitgliedern dieser Partei, gemeldet werden. Wiederholt hat sich der Landtag mit diesen Dingen beschäftigen müssen. Man hätte erwarten sollen, daß sich gegen diese politischen Rohheitsakte alle anständigen Menschen zusammensünden würden, um so mehr, weil

nicht nur Mitglieder der Linksparteien Opfer solcher Ueberfälle wurden. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Gelegentlich der Harzburger Tagung der sogenannten nationalen Opposition ist in Harzburg der

Ortsgruppenvorsitzende der Volkspartei von Hillerleuten verprügelt worden.

(Hört, hört! bei den Soz.) Eigentlich sollte man annehmen, daß die Volkspartei, die sich so sehr nach der Bettgemeinschaft mit Hiller lehnt, ein Grinsen vor diesen Kampfgenossen bekäme. Aber in diesem Falle scheinen wohl Prügel das beste Bindemittel für eine politische Ehe zu sein. (Heiterkeit links.)

In Schlesien finden die politischen Rohlinge auf den großen Gütern die besten Schlupfwinkel. Leider haben in vielen Fällen die Polizeibehörden bei der Bekämpfung dieser Ausschreitungen vollkommen versagt. Wenn die Nazis sich im Kreise Schmeidung so unbehindert ausbreiten konnten, so dürfte der inzwischen zur Disposition gestellte Landrat nicht unschuldig sein. Solche Landräte, die beim Volksentscheid gegen den Staat votieren, können unmöglich den ersten Willen haben, den Staat zu schützen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Anlässlich des Stahlhelmtages hat der Polizeiverwalter von Dels schwere Ausschreitungen der Demonstranten zugelassen.

Seine Maßnahmen richteten sich anstatt gegen die Störer, gegen die vom Stahlhelm terrorisierte Bevölkerung. (Hört, hört! bei den Soz.)

In Leubusch wurde die fast ausschließlich republikanisch gefinnete ruhige Bevölkerung anlässlich eines „deutschen Tages“ durch Demonstration der Nationalsozialisten geradezu terrorisiert. Trotz eindringlicher Warnung verantwortlicher Persönlichkeiten war der zuständige Landrat Banekki weder zu einem Verbot, noch zu ausreichenden Schutzmaßnahmen zu bewegen.

Nationalsozialisten fahren mit ihren Kräfteködern u. a. im rasenden Tempo durch einen Trauerzug, der einen verunglückten Maurer zu Grabe trug, mit gemeinen Zurufen: „Wieder ist so ein roter Hund verreckt!“

Sie mißhandelten die Teilnehmer mit Gummiknüppeln, Schlagringen usw., drangen in Wohnungen ein, vermissten diese und verletzten etwa ein Duzend Menschen. Zu allem Ueberflus ordnete der Amtsvorsteher noch für denselben Abend Feueralarm an, und zwar unmittelbar in der Nähe des Sammelplatzes der Demonstranten. Er muß geradezu die Absicht gehabt haben, Zusammenstöße zu provozieren.

Wir haben deshalb Untersuchung und schärfstes Eingreifen gefordert, weil sich seitdem Ausschreitungen dieser Art wiederholt haben. Es müssen endlich alle zur Verfügung stehenden Mittel angewendet werden, um diesen skandalösen Zuständen ein Ende zu machen. Es ist notwendig, damit nicht nur die Bevölkerung zu schützen, sondern auch unser Ansehen im Ausland zu wahren. (Beifall bei den Soz.)

Ein Regierungsvortreter beantwortet die große Anfrage der Sozialdemokraten dahin, daß in Dels keine schweren Ausschreitungen, sondern nur geringfügige Reibereien vorgekommen seien. In Frankenstein sei die Demonstration der Nationalsozialisten friedlich verlaufen. Die Nationalsozialisten seien nicht einheitlich, sondern verschieden bekleidet gewesen. Sie hätten keine Straßen abgesperrt, sondern lediglich Spalier gebildet. (Große Unruhe bei den Soz.)

In Leubusch seien nur sechs Personen unerheblich verletzt worden, doch habe man bei den Beteiligten keine gefährlichen Werkzeuge gefunden. Es bestehe kein Grund, gegen den Landrat vorzugehen. Dagegen sei dem Amtsvorsteher wegen des Feueralarms die Mißbilligung ausgesprochen. Nach den Berichten der Polizeibehörde habe der überwiegende Teil der Bevölkerung von Leubusch in der Nazidemonstration keine Bronozierung gesehen. (Große Unruhe bei den Soz.)

Abg. Dr. Boelch (D.Vp.) begründet die Anfrage über Eingriffe in die politische Gewissensfreiheit der Beamten beim Volksentscheid. Trotz aller Zusagen, daß den betreffenden Beamten keine Nachteile erwachsen, hätten sozialdemokratische Zeitungen durch Namensnennung solche Beamte denunziert. Wie steht der Minister dazu? Auch Polizeioffiziere seien wegen der Beteiligung am Volksentscheid gemahnt worden. Die Notverordnungen müßten durch den Landtag nachgeprüft werden. Der Redner kritisiert in seinen weiteren Ausführungen die einzelnen Bestimmungen der Notverordnung in bezug auf die Lehrerschaft.

Ein Vertreter des Innenministeriums beantwortet eine kommunistische Anfrage dahin, daß eine Verschärfung der über den Waffengebrauch von Polizeibeamten ergangenen Bestimmungen nicht erfolgt sei. Es könne sich höchstens um Unterrichtung der Beamten des Exekutivdienstes handeln, eine Maßnahme

die wegen terroristischer Ausschreitungen und wegen feiger Mordmorde notwendig gewesen ist.

Eine Anfrage der Deutschnationalen über Terrorakte radikaler Linksvorstände wird dahin beantwortet, daß besondere Anordnungen nicht nötig gewesen sind, da die Polizei im Rahmen ihrer Bestimmung Sicherheit und Ordnung aufrechterhalten könne.

Abg. Dr. Bohner (Staatsp.) begründet den Antrag seiner Fraktion auf Herabsetzung der Altersgrenze der Beamten und Lehrer. Nur so sei es möglich, die Junglehrer wieder in den Arbeitsprozess einzuschalten, zumal die Schulen an einer starken Ueberalterung der Lehrerschaft leiden.

Bölkerebund gegen Streikrecht? Ein Anschlag auf das Koalitionsrecht der Eisenbahner.

W.B. meldet: Montag trat in Genf die 4. Allgemeine Verkehrskonferenz, die vom Bölkerebund einberufen worden ist, zusammen. Die allgemeinen Verkehrskonferenzen bilden zusammen mit dem Beratenden Sachausschuß des Bölkerebundes (Verkehrskommission) und dem Sekretariat der Kommission die „Organisation der Verkehrswege und des Durchgangsverkehrs“.

Man glaubt zunächst an einen Irrtum und liest den letzten Satz nochmals. Wer sind die Herrschaften im Bölkerebund, die diesen reaktionären, gegen das Streikrecht der Eisenbahner gerichteten Plan ausgeheckt haben? Ganz abgesehen davon, daß es sich dabei praktisch nur um den Versuch handelt, die zur Verwirklichung getriebenen Eisenbahner eines Landes — denn wo würde heute sonst ein Eisenbahnerstreik ausbrechen! — durch die Eisenbahner anderer Länder niederzuschlagen, sei hier einmal auf die völkerrechtlichen Konsequenzen aufmerksam gemacht, die sich aus einem solchen Vorgehen ergeben würden.

Jede durchgreifende Aktion des Bölkerebundes scheiterte bisher an dem Widerstand der Regierungen, die sich weigerten, die Souveränität ihres Landes preiszugeben. Und hier will man z. B. bei einem französischen Eisenbahnerstreik „zur Aufrechterhaltung des internationalen Durchgangsverkehrs“ belgische, deutsche, italienische, englische und Schweizer Eisenbahner zum Streikbruch nach Frankreich abkommandieren! Ist das kein Eingriff in die Souveränität eines Landes? Und wie eminent fördernd eine derartige Aktion für die Völkerverständigung sein muß!

Will der Bölkerebund die Arbeiterschaft der ganzen Welt gegen sich aufbringen und seine entschiedensten Verteidiger zu seinen entschiedensten Gegnern machen, dann mag er diesen reaktionären Plan weiter verfolgen. Wenn diese Absicht nicht besteht — und wir zweifeln vorläufig noch daran, daß dieser Plan mit Wissen des Bölkerebundesekretariats aufgestellt worden ist —, dann muß das Sekretariat des Bölkerebundes sofort die Ablehnung von der Tagesordnung der Verkehrskonferenz jenes Planes verlangen. Der Teil XIII der Satzungen des Bölkerebundes verpflichtet übrigens dazu.

Der Arbeitszeitstempel bei Nordwest.

In dem Arbeitszeitstreit zwischen der Gruppe Nordwest und dem Deutschen Metallarbeiter-Verein wurde am Dienstag mit den Stimmen der Unternehmer ein Schiedsgericht gebildet, das die Verlängerung der bisherigen Arbeitszeit vorsieht, wie sie von den übrigen Gewerkschaften mit den Arbeitgebern bereits vereinbart wurde.

Die Verhandlungen in dem Schiedsgericht der technischen Angestellten des Ruhrbergbaus, die am Dienstag in Essen begannen, wurden auf Mittwochvormittag 10 Uhr vertagt. Nach den Verhandlungen der Techniker beginnen die für die kaufmännischen Angestellten.

Die Arbeitszeit der Bierfahrer. Regelung in den Berliner Brauereien.

Am „Vorwärts“ wurde wiederholt ein Mißstand kritisiert, der sich seit der Einführung der 40-Stunden-Woche in den Berliner Brauereien und ihren Niederlagen durch Ueberarbeitszeit bei den Bierfahrern eingestellt hatte.

Vorwommisse in der Brauerei Grotterjan veranlaßten die Arbeitnehmerorganisationen mit der Betriebsleitung ein Abkommen zu treffen, wonach die mehrgeleiteten Ueberstunden abgeklärt werden müssen. Dadurch wurde es möglich gemacht, daß eine Anzahl Arbeiter, die sonst wegen Arbeitsmangel entlassen worden wären, für die Fahrer einspringen, die abklaffen müssen, und dadurch in Arbeit bleiben können.

Trotzdem in anderen Betrieben derselbe Mißstand herrsche, war es den beiden zuständigen Gewerkschaften nicht möglich, mit diesen Brauereien eine ähnliche Bestimmung herbeizuführen. Eine einzige Ausnahme bildet neben der Grotterjan-Brauerei nur noch die Böhme-Brauerei.

Um eine allgemeine Regelung zu erzielen, für alle Brauereien eine gleichmäßige Durchführung des Abschließens der Ueberstunden herbeizuführen, sah der Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter sowie der Gesamtverband sich veranlaßt, das im Tarifvertrag seit 31 Jahren vorgesehene Einigungsamt anzurufen.

Am 9. Oktober 1931 fällte die Spruchkammer des Tarif-einigungsamtes einmütig den folgenden Spruch:

„Die Arbeitszeit des Tourenfahrpersonals ist derart zu kontrollieren, daß die Anfangs- und Endzeiten der Arbeitszeit festgestellt werden. Dabei wird bei Rückkehr der Fahrer und der Mitfahrer auf die Brauereihöhe zu der bis zu diesem Augenblick geleisteten Arbeitszeit je eine Stunde für Abrechnungszwecke und für Nebenarbeiten der Mitfahrer hinzugezählt.“

Ergibt sich bei diesen Ermittlungen, daß z. B. ein Fahrer oder Mitfahrer innerhalb der Arbeitswoche die tarifmäßige Bruttoarbeitszeit von 47 1/2 Stunden überschreitet, so sind diese Arbeitsstunden als Ueberstunden anzuspüren und innerhalb der nächsten zwei Wochen durch Freizeit abzugelten, soweit mindestens ein voller Arbeitstag abzugelten ist. Etwaige Differenzstunden sind vorzutragen. Die tariflich zulässige Pauschalabgeltung für einzelne

Wie lange noch Lohnabbau?

Stegerwald feuert einen verhängnisvollen Kurs.

Obwohl vor einigen Wochen der Reichsarbeitsminister mehrfach erklärt hat, mit dem allgemeinen Lohnabbau müsse Schluss gemacht werden, ist in diesen Tagen immer wieder unter Sanktionierung des Reichsarbeitsministeriums in verschiedenen Gewerben Lohnabbau durchgeführt worden.

Auf dem Bauarbeiterkongress sagte Stegerwald für einige Gewerbe zu, auf Grund der bekannten Rotorordnung eine Verkürzung der Arbeitszeit auszusprechen. Inzwischen sind sechs Wochen ins Land gegangen, die Wirtschaftskrise und die Not der Arbeitslosen hat sich ungeheuer verschärft, aber über allen Gipfeln des Reichsarbeitsministeriums herrscht Ruhe.

Dagegen kommen unter Duldung des Reichsarbeitsministeriums die Tarifverträge immer mehr in Gefahr.

So hat das Reichsarbeitsministerium nunmehr endgültig abgelehnt, die Bauarbeiterlöhne für verbindlich zu erklären. Am 2. Oktober ging den Bauarbeiterverbänden folgende Meldung zu:

„Von der Allgemeinverbindlicherklärung der Bezirks- und Lohnsätze des Baugewerbes sehe ich ab, da ich es unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht für angängig erachte, die darin vereinbarten Löhne im Wege staatlichen Zwanges durchzuführen. Ich bitte, Ihre Unterverbände, deren Anträge ich hierdurch als erledigt betrachte, zu verständigen.“

Diese endgültige Absage, den schwer bedrängten Bauarbeitern in ihrem Kampf um die Erhaltung ihres Lohnniveaus beizustehen, eine Aufgabe, die die allererste Pflicht eines Arbeitsministers sein sollte, erscheint in einem besonderen Licht, wenn man weiß, daß die „vereinbarten“ Löhne von Persönlichkeiten festgelegt worden sind, die der Reichsarbeitsminister eingesetzt hat. Das ist eine ganz unerhörte Praxis, die nicht weit von dem Ziel entfernt ist, das die Unternehmer mit der „Beweglichkeit der Lohnsätze“ erstreben.

Dem Reichsarbeitsminister sind also die Bauarbeiterlöhne immer noch zu hoch. Nach der Tariflohnstatistik des Statistischen Reichsamts betrug im Juli 1931 der durchschnittliche Tarifstundenlohn für Maurer 113,4 Pf., für Hauer im Bergbau ebenfalls 113,4 Pf., für Tischler 114,4 Pf. und für Brauer 122 Pf. Viel schlimmer steht die Sache aus, wenn man die vom Statistischen Reichsamt errechneten

Jahresdurchschnittseinkommen der Bauarbeiter betrachtet. Danach hatte der Bauarbeiter aus baugewerblicher Arbeit im Jahre 1930 ein tatsächliches Einkommen von 1200 Mark. Das voraussichtliche Einkommen des Bauarbeiters im Jahre 1931 beträgt nach dem Statistischen Reichsamt 650 Mark (in Worten: sechshundertfünfzig Mark). Noch viel elender sind die Einkommensverhältnisse bei den Bauhilfsarbeitern, die ebenfalls von der Verweigerung der

Allgemeinverbindlicherklärung des Reichsarbeitsministers schwer betroffen werden. Ihr tatsächliches Einkommen betrug im Jahre 1930 860 Mark, ihr voraussichtliches Einkommen für das Jahr 1931 beträgt nach der amtlichen Quelle

rund 500 Mark. Das sind Jahreseinkommen!
Der Gedanke, daß von diesen „Einkommen“ Familien ernährt werden sollen, läßt bei jedem sozial empfindenden Menschen einen heftigen Protest gegen alle jene Stellen entflammen, die dazu beitragen, dieses Hungereinkommen noch mehr zu gefährden. Es wird Zeit, daß der Reichsarbeitsminister endlich in sich geht und umkehrt von der katastrophalen Lohnabbaupolitik, die nicht nur das Volk, sondern die ganze Wirtschaft in das Chaos führt.

Eingeschränkte Allgemeinverbindlichkeit

Im scheinbaren Gegensatz zu der Ablehnung der Allgemeinverbindlichkeit der Lohnsätze für die Baugewerbe hat der Reichsarbeitsminister den Reichstarifvertrag für baugewerbliche Arbeiten für allgemeinverbindlich erklärt, aber mit bisher nicht gekannten Einschränkungen, die Einbrüchen verdammt ähnlich sehen.

Das Reichsarbeitsministerium unterscheidet nicht nur zwischen privatwirtschaftlichen und öffentlichen Betrieben, sondern auch zwischen Bauunternehmerfirmen und privatwirtschaftlichen Betrieben, die nicht Baubetriebe sind, aber in ihrem Betriebsbereich Bauarbeiten ausführen lassen. Auf die Arbeitsverhältnisse solcher Bauarbeiter, die in diesen beiden Betriebsgruppen regelmäßig im Umstandesetzungs- oder Erneuerungsarbeiten beschäftigt sind, sowie auf die unständigen Arbeiter des Reiches, der Länder, der Gemeinden und sonstiger öffentlicher Körperschaften einschließlich der Reichsbahn findet der Reichstarifvertrag für baugewerbliche Arbeiten keine Anwendung.

In diesen vom Reichsarbeitsministerium ausgesprochenen Einschränkungen wirkt sich der Spul von den „hohen“ Bauarbeiterlöhnen aus. In Verbindung mit der Verweigerung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung der Bauarbeiterlöhne soll mit den Einschränkungen bei der Allgemeinverbindlichkeitserklärung des Reichstarifvertrages eben mit möglichst hundertprozentiger Sicherheit dafür gesorgt werden, daß nicht etwa ein im Tiefbau beschäftigter Hilfsarbeiter oder ein bei den Vereinigten Stahlwerken beschäftigter Bauarbeiter in den Genuss des „hohen“ Bauarbeiterlohnes kommt.

Die Einschränkungen wurden ausgesprochen, ohne daß mit den Arbeiterverbänden verhandelt worden ist. Diese Tat ist ein Zeichen der unsozialen Kurs des Arbeitsministeriums, der auf der verhängnisvollen These von der wirtschaftsanierenden Wirkung des Lohnabbaues beruht.

Die Arbeitszeit im Braugewerbe. Ihre Verkürzung tariflich geregelt.

Bis Ende September sind über die Verkürzung der Arbeitszeit im Braugewerbe 34 Vereinbarungen getroffen worden, die 427 Betriebe mit mehr als 23 000 Beschäftigten umfassen.

Das Berliner Ueber-einkommen ist für allgemeinverbindlich erklärt, für andere Abkommen ist Allgemeinverbindlichkeitserklärung vereinbart. Nur in wenigen Bezirken steht eine paritätische Regelung der ohnehin eingeführten Kurzarbeit noch aus.

Kursbeginn der Berliner Gewerkschaftsschule.

Heute, Mittwoch, beginnen: 8. 6. Einführung in den Spätkapitalismus. Lehrer: Dr. Ernst Kästing, Leibniz-Gymnasium, Mariannenplatz 27-28. Hörsaal für jeden Kursus je 10 Abende 2 M. Ausarbeiter, Jugendliche und Lehrlinge 1 M. Arbeitslose sind vom Beitrag befreit. Anmeldungen können noch auf dem 1. Kurstabend erfolgen.

SPD-Fraktion der Arbeiter und Angestellten beim Bezirksamt
Vandern, Freitag, 10 Uhr, im Lokal Gros, Tora, Ecke Gieselerstraße, Fraktionsversammlung. Ernsthilf, D. Arenau über: „Leben und Arbeit im Sozialstaat“. Empfindlichste sind ebenfalls eingeladen.
SPD-Bezirksabteilung beim Arbeitsamt 10. Freitag, 16 Uhr, Lokal „Treffpunkt“, Lindenweg, Postbezirk, Ecke Neue Bahnhofsstraße. Otto Reiter, M. d. L., über: „Die politische Situation“.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute, 19. Uhr, laden die Gruppen: Baumfächerweg: Jugendheim Baumfächerweg, Ernststr. 16. Westfälischen. — Weisenberg: Gruppenheim Weisenberg, Poststr. 36. Die Mädchen erhalten einen bunten Abend aus. — Humboldt: Jugendheim Graun, Ecke Kochingstraße, Sterneneben. — Korbweg: Schule Sonnenburger Str. 29. Gewerkschaftskongress in Frankfurt a. M. — Teget: Jugendheim Teget, Schöneberger Str. 4 (erst um 20 Uhr). Entstehung und Formen des Kapitalismus. — Der Frühkapitalismus. — Schwabstr.: Jugendheim Weidner, 11 (Gebäude). Hofmann bringt Vorlesung zur Karte. — Flughafen: Gruppenheim Flughafen, 68 (U-Bahnhof Hohenhof). Wir gehen zur Kreismitgliedsversammlung. — Reußstr.: Jugendheim Reußstr., Poststr. 29 (Hof). Wir gehen zur Kreismitgliedsversammlung. — Götterstr.: Jugendheim Reußstr., Poststr. 29. Kreismitgliedsversammlung: Bericht vom Gewerkschaftskongress in Frankfurt a. M. — Spandauer-Kanal: Jugendheim Lindenauer 1. Frankfurt: Land und Leute. — Schöneberg: Schöneberg, Hauptstr. 15 (Gartenhaus). Warum entstehen Gewerkschaften. — Schillerpark: Schule Schöneberg, 17. Lichtbilderortrag: Sozialstaatlichkeit und ihre Folgen.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Mittwoch, finden folgende Veranstaltungen statt: Gehlenbrunn: Jugendheim Gehlenbrunn, 1. Die Uben Kommilitaden. — Schöneberger: Jugendheim Schöneberger, 1. Die Uben Kommilitaden. — Arbeitsgemeinschaft: Entwicklung und Bedeutung der Kultur. Leiter: Tolmann. — Korbweg: Jugendheim Panziger Str. 61 (Parade 3). Bunter Abend unter dem Titel: „Dieses machen einen Ausflug“. — Reichelderfer: Jugendheim Lindenauer Str. 3 (Parade). Vortrag: Aus der Geschichte der ungarischen Arbeiterbewegung. Referent: Oberst. — Stralauer: Jugendheim der Schule Schillerstr. 61. Lesabend. — Gieseler: Niederhöfenstraße, Berliner Str. 31 (Schule). Eingang Haselwerberstraße. Lesabend. — Köpenick: Jugendheim Köpenicker Str. 15 (Gartenhaus am Bahnhof Köpenick). Bunter Abend. Leiter: Weidner. — Reußstr.: Jugendheim Reußstr. 1-4. Ecke Kanner Straße. Vortrag: Die Betriebsräte — ein Stück Sozialdemokratie? Referent: Lehner. — Gieseler: Jugendheim Weidnerstr. 128. Bunter Abend. — Schöneberg: Jugendheim Poststr. 15 (Hof). Die Uben Kommilitaden. Arbeitsgemeinschaft: „Das seltsame Rätsel des jungen Gewerkschafters“. Leiter: Gieseler. — Charlottenburg: Jugendheim Spielhofstr. 4. Arbeitsgemeinschaft: „Einführung in die sozialistische Gedankenwelt“. Leiter: Jungh. — Spandauer: Jugendheim Lindenauer 1. Die Gruppenveranstaltung wird auf dem Heimabend bekanntgegeben. — Potsdam-Romane: Jugendheim Potsdam-Romane, 1. Die Betriebsgemeinschaft Sozenstr. 1-6, tagt um 16 Uhr im Verbandshaus, Zimmer 27. — Spandauer: Uebungsabend am 20 Uhr in der rätischen Turnhalle Prinzenstraße.

Verantwortlich für Politik: Dietrich Schill; Wirtschaft: G. Klingelbeck; Gewerkschaftswesen: A. Gieseler; Kultur: Dr. John Schillmann; Politik und Konflikte: Felix Karst; Ausländer: E. Glöck; Militär in Berlin. Berlin: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Seite 2 Beilagen.

Zeitungshändler gegen Rabattfürgung. Aushangssperre für Reklameplakate beschlossen.

Die Berliner freien Zeitungshändler nahmen gestern nochmals in einer stark besuchten Protestversammlung in den Germaniosälen zu der Herabsetzung des Zeitschriftenrabattes von 30 auf 25 Proz. Stellung, die ihnen die Verlage Ullstein, Scherl, Welle, Cysler, Union Sportverlag, der Verlag der „Funkt-Stunde“, der Deutsche Sportverlag und die Zeitungszentrale (33.), diktiert haben. Die Versammlung nahm genau wie die am vorigen Sonntag, worüber wir berichteten, einen sehr stürmischen Verlauf.

Die Zeitungshändler sind empört, weil ihre Verhandlungskommission in allen Häusern der Berliner Zeitungskönige mit nichts-sagenden Redensarten abgespeist wurde und die Verlagsdirektoren bei diesen Verhandlungen einen unabhürbaren Herrenstandpunkt einnahmen. Sie zeigten nicht das geringste Entgegenkommen und blieben allen Hinweisen gegenüber, daß durch diese Rabattherabsetzung von den schon sehr geringen Verdiensten der Zeitungshändler mit einem Schlag rund 20 Proz. gekürzt werden, völlig unachgiebig.

Einmütigkeit herrschte in der Versammlung darüber, daß diesem rigorosen Abbau der Zeitschriftenrabatte die Herabsetzung des Rabattes auch für die Tageszeitungen der betreffenden Verlage folgen werde. Es sei daher dringend notwendig, einen Gegenstoß gegen die Schlechterstellung der Zeitungshändler zu führen. Es wurden vielerlei Kompromißmaßnahmen erworfen und teilweise äußerst leidenschaftlich diskutiert. Schließlich wurde einstimmig beschlossen, ab heute, Montag, die Reklameplakate der Verlage, bei denen die Rabattfürgung erfolgt ist, nicht mehr auszuhängen. Eine in der Versammlung gewählte Kommission soll die Durchführung dieser Aushangssperre überwachen.

Wahrung, Puffer!

Der von der Mitgliederversammlung am 1. Oktober d. J. angenommene Tarifvertragsentwurf ist auch von den Arbeitgebern, vertreten durch den Verband der Baugeschäfte von Groß-Berlin G. V., angenommen worden. Der Tarifvertrag trat am 7. Oktober 1931 in Kraft. Einen Auszug über Lohn- und Akkordpreise können unsere Mitglieder im Büro, Großbeerenstraße 96, Zimmer 16, haben.

Der neue Tarifvertrag enthält wesentliche Änderungen bei Vergütung von Akkordarbeiten und Einstellung der Arbeiter. Um unsere Kollegen vor Schaden zu bewahren, ist es unbedingt notwendig, vor Beginn der Arbeiten einen Akkordvertrag abzuschließen, der von allen Kollegen unterschrieben werden muß. Weiter ist es notwendig, daß nur die gedruckten Vertragsmuster der Organisation benutzt werden. Dieselben können in unserem Büro in Empfang genommen werden.

Deutscher Bauergewerksbund, Fachgruppe der Puffer.